Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 265. Montag, den 11. November 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Das Orientproblem.

3. Die slavischen Kämpfe.

Die Ereignisse überstürzen sich. Während ich in flüchtigen Strichen darzulegen versuche, wie im Kampf der Klassen und Kliquen um die Macht und im Spiel der europäischen Diplomatie die national getrennten Völker der Balkanhalbinsel politisch zerrissen wurden, und zwar so zerrissen, daß die Nationen selbst in Fetzen hingen, haben die Balkanstaaten, die, dem Entwickelungsgesetz folgend, das sie auf einander verweist, sich geeinigt hatten, in einem stürmischen Anlauf bereits die Barriere niedergeworfen, die sie vom Osmanischen Reich trennte. Wenn dieses Werk vollbracht, werden die zersetzenden und störenden Kräfte bald wieder die Oberhand gewinnen. Daß der Balkanbund, wie er jetzt sich gebildet hat, nicht imstande ist, an die Stelle des Osmanischen Reiches zu treten, ist ohne weiteres klar. Also wird das Ergebnis hier Flickwerk, dort neue Zerrissenheit und Unzulänglichkeit auf allen Seiten sein.

Schon bemächtigt sich die Diplomatie der Großmächte der Situation, deren offenbarer Zweck ist, neue Zerrissenheit und neue Gegensätze zu schaffen, die Türkei zu schwächen und die Balkanstaaten mehr oder weniger um den Erfolg ihrer Einigkeit und des vergossenen Blutes zu bringen.

Die hohe Finanz aber hat schon lange ihre Vorbereitungen getroffen. Während die Armeen Schlachten schlagen, schließen sie Kontrakte ab, wodurch ihnen Länder und Völker zur Ausbeutung und Knechtschaft überlassen werden — sowohl die Völker, die befreit werden sollen, wie auch ihre Befreier.

Unter diesen Umständen werden es mir die Leser wohl nicht übel nehmen, wenn ich die geschichtliche Einleitung rasch abbreche, um mitten in die Kämpfe der Gegenwart einzutreten.

Zum Verständnis des Weiteren nur noch folgendes: Während die Kämpfe der Griechen bürgerlichen Ursprungs waren und erst in der letzten Zeit einen bäuerlichen Anstrich gewannen, waren die Kämpfe der Balkanslaven im Anfang bäuerlich und gewannen zum Schluß einen bürgerlichen und in Bulgarien selbst einen imperialistischen Charakter.

Jahrhundertelang lebten die christlichen Bauern ruhig unter der türkischen Herrschaft, denn die Bevölkerung war hier geringer, als im christlichen Europa. In Europa revoltierten die Bauern gegen die Feudalherren, es gab blutige Bauernkriege. Dagegen blieben in der muselmanischen Türkei die christlichen Bauern im Frieden. Aufstände gab es in Asien, aber nicht unter den Balkanvölkern. Das wurde anders in dem Maße, wie in dem Osmanischen Reich ebenfalls der Feudalismus sich entwickelte und schließlich im achtzehnten Jahrhundert seine üppigsten Blüten entfaltete. Von da ab datieren auch die Aufstände der Balkanslaven.

Der Feudalismus bedingte zweierlei: eine Zersetzung des Reiches und eine Bedrückung der Massen. Schlagreich wurden die Zeugnisse der militärischen Desorganisation und Demoralisation, der administrativen Konfusion und Zerfahrenheit, die damals im türkischen Reich herrschte. Dieser Zustand erleichterte ungemein die aufständische Bewegung. Die militärischen Mißerfolge des Staates vermehrten desto mehr die Steuern, je mehr zugleich das Gebiet des Reiches eingeschränkt wurde. Dies im Zusammenhang mit der Bedrückung durch die Feudalherren erbitterte die Bauernmassen, die infolgedessen jederzeit zur Revolte bereit waren. Lokale Aufstände standen auf der Tagesordnung. Christen sowohl wie Muselmanen, Serben wie Albaner, revoltierten bald hier bald dort. Es bildeten sich Räuberbanden, welche der Regierungsgewalt trotzten; einzelne Räuberhäuptlinge rissen sogar ganze Provinzen an sich.

Unter diesen Umständen fand der erste große Serbenaufstand statt. Er geschah unter Führung der Knezvorsteher, die selbst einen Beamtencharakter trugen, aber Bedrücker waren, aber sich in einem Gegensatz zu der oberen türkischen Administration befanden. Die Knezvorsteher machten die Revolte, aber sie hatten kein Programm. Sie wollten weg aus diesen Zuständen und dachten sich als einen Wechsel der Staatsherrschaft. Von der türkischen Herrschaft weg wollten sie unter die österreichische oder unter die russische Herrschaft kommen und sandten ihre Gesandten sowohl an den Kaiser, wie an den Zaren. Das aufgestellte Programm war das der Knezvorsteher; sie verlangten Selbstverwaltung, weil sie durch ihre eigene Herrschaft befestigten. Später spitzten sich ihre Forderungen auf die Wahl eines Oberhauptes zu, wodurch bereits die Grundlage zur Bildung eines selbständigen Fürstentums geschaffen wurde.

Von diesen Anfängen aus, durch Aufstände, Kriege und diplomatische Einmischungen, bildete sich das serbische Fürstentum. Wir sehen als treibende Kraft die Bauern, als politische Leitung das Interesse eines Standes, der denn auch, als das Reich gebildet wurde, die ganze Macht an sich riß. Dem Bauern erging es schlecht — schlimmer, als unter der türkischen Herrschaft.

Die Geschichte des modernen Serbiens zeigt folgende Züge: Oben Kliquenwirtschaft und die Konkurrenz der beiden Dynastien: Karageorgiewitsch und Obrenowitsch, von denen merkwürdigerweise von Anfang an die eine Dynastie sich als Draufgänger, die andere als Diplomaten betätigte. Diese Kämpfe oben sind begleitet von einem Druck nach unten und von Intriguen, die mit fremden Regierungen gegen das eigene Volk angezettelt werden. Von unten drängte eine Bewegung vor, die eine Bauerndemokratie zu schaffen suchte. Schließlich wird die Dynastie Obrenowitsch durch eine Palastrevolution gestürzt, worauf die demokratischen Strömungen vordringen. Aber nunmehr zeigt es sich, daß sie ihren bäuerlichen Charakter abgestreift und bürgerliche Interessen angenommen haben. Zwar ist die Kapitalansammlung der serbischen Bourgeoisie noch sehr gering, aber sie hat eine Intelligenz gebildet, die ihr geistig voraneilt, und zwar nicht nur durch politische Programme, sondern auch durch Bankgründungen. Diesen ist Serbien zu klein geworden. Serbien ist aber auch tatsächlich in den Grenzen, in denen es jetzt besteht, sowohl politisch wie national ein Nonsens. Es gehört so einem größeren Ganzen, das auf irgend welche Weise hergestellt werden muß.

Die Bauern machen auch hier mit, weil sie die Gebietserweiterung des Staates mit der Vergrößerung ihrer eigenen Bodenparzelle verwechseln. Sie werden jetzt schlimmer betrogen werden, als in ihren Befreiungskämpfen. Denn damals bekamen sie wirklich einiges Land, jetzt halsen sie sich nur noch neue Militärlasten auf.

Leichter wie den Serben erging es den Bulgaren in ihrem Kampf um Selbständigkeit. Sie kamen später, fanden ein noch mehr geschwächtes Reich und stärkere Unterstützung von außen. Dafür hatten sie keinen eigenen Fürsten und mußten sich einen solchen aus Deutschland bezw. Oesterreich importieren. Man muß aber anerkennen, daß Ferdinand, der Zar aus Koburg, alles getan hat, um sich dem Land zu assimilieren. Er hat nicht seine Kinder umgetauft, er hat, um bodenständig zu werden, einen gewaltigen Grundbesitz sich angeeignet. Er ist der reichste Mann seines Reiches.

Dank seiner Lage am Schwarzen Meere hatte Bulgarien von vornherein eine größere Entwickelungsfähigkeit als Serbien. Es hat aber unter der Loslösung von der Türkei mehr gelitten, denn es war durch Handelswege und Handelsstädte mit Konstantinopel verbunden. Die vielgerühmte Entwicklung Bulgariens hat nicht viel auf sich. Die Industrie befindet sich in ihren Kinderschuhen, die Bauern — 80 Proz. der Bevölkerung — leben unter primitiven Verhältnissen. Nur das bürgerliche Raubrittertum hat die Mittel des Staates zielbewußt im Militarismus angelegt, weil es auf Kosten der Türkei ein Geschäft zu machen hoffte. Jetzt wird das ausgeführt.

Der Bauernbesitz Bulgariens ist stark parzelliert. Das Land steht vor einer Agrarkrisis. Mit desto größerer Begeisterung zogen jetzt die bulgarischen Bauernmassen in den Krieg. Sie entgehen dadurch ihrem Elend nicht, daß sie Elend über andere brachten.

Ich gehe nun zur Charakteristik der türkischen Zustände über. Was fehlt, vor allem die mazedonische Frage, wird später bei der Kritik der Reformvorschläge nachgeholt.

Parvus.

Vom Kriegsschauplatz.

Die Einnahme von Saloniki, durch die Griechen wird amtlich bestätigt. 25 000 Mann haben sich ergeben. Adrianopel steht jetzt anscheinend vor der Kapitulation, nachdem die Bulgaren wichtige Befestigungen besetzt haben.

Bei Tschataldscha soll die bulgarische Angriffsaktion erfolgreich fortschreiten, trotzdem die Türken aus Asien frischen Zuzug herangezogen haben. Auch dieser kann anscheinend den Bulgaren nicht Stand halten. Die Türken rechnen denn auch hier bereits mit einer Niederlage, wie aus folgender offiziellen türkischen Mitteilung an die Presse hervorgeht: „Der Kampf gegen die vier Balkanmächte hat bisher noch nicht den erwünschten Erfolg gehabt. Infolgedessen ist zurzeit die Ostarmee nach Tschataldscha gegangen und der Feind befindet sich nicht weit von den Toren der Hauptstadt. Deshalb muß die Möglichkeit einer Niederlage in Betracht gezogen werden. Die Pforte hat alle Verteidigungsmaßnahmen und alle Maßregeln für die Aufrechterhaltung der Ordnung ergriffen. Es ist jeder Akt zu vermeiden, der irgendwie Aufregung hervorbringen könnte. Die Regierung wird streng alle Personen bestrafen, die falsche Gerüchte verbreiten. Derartigen falschen Gerüchten sei es zuzuschreiben, daß die Botschafter der europäischen Mächte darum gebeten hätten, zum Schutz ihrer Untertanen Kriegsschiffe nach Konstantinopel zu dirigieren. Die Regierung sei aber überzeugt, daß die Ruhe und Ordnung nirgends gestört werde.“

Die Bulgaren sollen die Absicht haben, sogleich mit den fliehenden türkischen Truppen vor den Forts von Konstantinopel zu erscheinen.

Der Scheik Uel Islam hatte eine Proklamation des „heiligen“ Krieges veröffentlicht. Dieselbe ist nun von der Regierung zurückgezogen worden.

Die Beschießung von Skutari hält an. In der Stadt herrscht große Panik. Die Preise für Lebensmittel sind unerschwinglich. — Serbische Truppen haben sich mit den Montenegrinern zum Kampf gegen Skutari verbunden.

Bei einem Lordmayorsbankett in London hielt Premierminister Asquith eine Rede, in der er ausführte, daß wir in einer sorgenvollen Zeit leben. Trotzdem könne er die befriedigende Zusicherung geben, daß Englands Beziehungen zu allen Mächten ohne Ausnahme so gute wie niemals seien. Nichts sei so unwahr wie der Glaube, daß die Mächte in verschiedene Lager geteilt seien. Die Balkanmächte allein hätten den Krieg beschlossen. Die Staatsmänner aller Länder hätten eingesehen, daß der Status quo eine gewesene Sache sei und die Dinge niemals so wie früher sein könnten. Die Landkarte Europas müsse neu entworfen werden. Die auf den alten Ideen basierenden Gedanken müßte man über Bord werfen. In einer Sache sei die Meinung ganz Europas einig, daß die Frucht der Siege den Siegern nicht entrissen werden dürfte. An der schließlichen Verteilung habe England keine direkten Interessen, aber andere Mächte, die Sonderbeziehungen haben, müßten eine Stimme in der endgültigen Erledigung der orientalischen Frage haben. Es läge im Interesse Europas, die vom Krieg betroffene Zone einzuschränken. Er glaube versichern zu können, daß die Regierung Englands mit dem ganzen Britenvolke jedoch dahin einig sei, daß England im Rate Europas mitzusprechen habe.

Die Schwierigkeiten wegen der Verteilung der Beute mehren sich. Von maßgebender Stelle verlautet, daß die österreichisch-ungarische Regierung durch den Vertreter einer Großmacht der serbischen Regierung bekanntmachen ließ, daß die österreichisch-ungarische Regierung die Besitznahme des eingenommenen Gebietes nur bis Prizrend zulassen und, wenn es nötig sein sollte, diesem Verlangen **durch Waffengewalt** Geltung zu verschaffen wissen werde. Der serbische Ministerpräsident Pasitsch antwortete, Serbien müsse einen Ausgangspunkt zum Meere bekommen, selbst wenn es zu einem Kriege kommen sollte. Aber gegen dieses Verlangen Österreich-Ungarns würde sich nicht nur Serbien, sondern der ganze Balkanbund stellen. — Und eine weitere Meldung besagt: Der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad, v. Ugron, wird Serbien mitteilen, daß Österreich-Ungarn unter keiner Bedingung dulden werde, daß Serbien von Albanien Besitz ergreife und insbesondere, daß Serbien an der Adriaküste irgend einen Hafen besitze. Nach dem Besuch Ugrons werden der deutsche Gesandte v. Griesinger und der italienische Gesandte ebenfalls bei Pasitsch vorsprechen und ihm mitteilen, daß sowohl Deutschland als auch Italien eine Festsetzung Serbiens in Durazzo oder in San Giovanni di Medua unter keinen Umständen dulden werden.

Trotzdem die „Köln. Ztg.“ diese Meldung dementiert, wird sie doch wohl in der Hauptsache zutreffen. Die Lage beginnt ernst zu werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das neue Postscheck-Gesetz.

Der Postscheckverkehr hat sich in Deutschland überraschend schnell eingeführt und einen fortgesetzt steigendem Umfang angenommen. Grund genug für den Staatssekretär des Reichspostamtes, nunmehr eine Verteuerung dieses Verkehrs eintreten zu lassen. Das liegt nun mal so im System Krätke, das jedem Fortschritt argwöhnisch gegenübersteht. Bisher mußte jeder Inhaber eines Postscheckkontos eine Stammeinlage von 100 Mk. machen. Die Gebühren für die Buchung der überwiesenen Beträge gingen zu Lasten des Kontoinhabers, der Einzahler auf ein Konto hatte nichts zu entrichten. Nach dem neuen

Entwurf soll das anders werden. Die Stammeinlage wird auf fünfzig Mark herabgesetzt, aber der Einzahler soll künftig für jede Einzahlung eine Gebühr von 10 Pfg. entrichten. Dem Kontoinhaber werden die Buchungskosten nicht mehr berechnet.

Die Reichspostverwaltung lebt in der Einbildung, daß durch diese Verteuerung eine Ausdehnung des Postscheckverkehrs eingeführt werden kann! Wie lange würde es dauern, dann würde man auch wieder eine Gebühr zu Lasten des Konto-Inhabers einführen. Der Fiskalismus der Reichspostverwaltung ist ja hinlänglich bekannt. Hoffentlich wirft der Reichstag diesen neuesten Versuch zur Erschwerung und Verteuerung des Verkehrs in den Papierkorb.

Über den Stand der Jesuitenfrage

schreibt die „Kölnische Zeitung": „Es ist anzunehmen, daß der Bundesrat noch vor dem Zusammentritt des Reichstages den bayrischen Antrag auf Klarstellung der durch die Bekanntmachung vom 5. Juli 1873 geschaffenen Rechtslage rücksichtlich der den Mitgliedern der Gesellschaft Jesu verbotenen und erlaubten Tätigkeit erledigen wird. Den katholischen Eingaben stehen eine Reihe von Vorstellungen gegenüber, die aus evangelischen Kreisen stammen, und an deren Spitze die Eingabe des deutschen evangelischen Kirchenausschusses Berlin-Charlottenburg sowie des hannoverschen Hauptvereins des evangelischen Bundes stehen. Auch verschiedene protestantische kirchliche Stellen, insbesondere Kreissynoden und Superintendenturen haben Material zur Beratung der Angelegenheit geliefert. In beteiligten Kreisen wird mit einer Erläuterung der Bekanntmachung vom Jahre 1873 gerechnet, die jeden Zweifel darüber ausschließt, was den Priestern der Gesellschaft Jesu künftig im Reiche verboten und was ihnen gestattet sein soll.

Wo das Zentrum die Mehrheit hat.

In der Budgetkommission des elsaß-lothringischen Landtages wurde am Freitag bei Beratung der Steuerreform über Lohn- und Besoldungssteuer vom Zentrum ein Antrag eingebracht, der eine Erhöhung der Pfarrergehälter vorsieht. Eine Erhöhung der Gehälter der Geistlichen war in der Regierungsvorlage nicht vorgesehen. Es scheint, daß sich die Klerikalen zur Unterstützung ihres Antrages der Hilfe des Lothringer Blocks gesichert haben und so die Regierung veranlassen, der Erhöhung der Geistlichengehälter zuzustimmen, um die in der Regierungsvorlage vorgesehene Erhöhung der Gehälter der höheren Beamtenkategorie durchzubringen.

Das neue Kaiserschiff.

Vor mehr als Jahresfrist ist die Meldung aufgetaucht, daß vom Reichstag die Mittel zum Bau eines neuen Kaiserschiffes verlangt werden sollen, weil die „Hohenzollern", die jetzt diesem Zwecke dient, modernen Ansprüchen nicht mehr genüge. Der Meldung war noch hinzugefügt, daß das Modell für das neue Schiff bereits fertiggestellt sei. Das Reichsmarineamt hat damals dieser Mitteilung ein keineswegs einwandfreies Dementi entgegengesetzt. — Wie jetzt verlautet, soll in dem kommenden Etat eine erste Rate von 5 Millionen Mark für das neue Kaiserschiff eingesetzt werden, das im Frühjahr 1915 in Dienst genommen werden soll. Begründet wird diese Forderung damit, daß die Seefähigkeit der „Hohenzollern" nicht mehr derart sei, daß eine Bürgschaft für die Sicherheit des Kaisers an Bord übernommen werden könne. Das „Berliner Tageblatt" hat sich um Auskunft an das Reichsmarineamt gewandt und von dort die Mitteilung erhalten, „daß eine Vorlage über den Ersatzbau für die „Hohenzollern" dem Bundesrat noch nicht vorliegt."

Das ist eine glatte Bestätigung obiger Meldung. Der Bundesrat hat sich mit dem Etat des Reichsmarineamts noch nicht beschäftigt und kann deshalb auch zu der neuen Forderung noch keine Stellung genommen haben. Wäre die Forderung nicht beabsichtigt, so hätte das Reichsmarineamt einfach erklären können, daß dem Reichstage eine solche Forderung nicht zugehen werde. Die Reichsverfassung kennt kein besonderes Schiff für die Privatzwecke des Kaisers. Auch die „Hohenzollern" ist nicht zu dem Zwecke bewilligt worden, sondern wurde einfach, ohne irgend jemand zu fragen, dem Kaiser für seine Reisen zur Verfügung gestellt. Es ist direkt verfassungswidrig, wenn ein Kriegsschiff auf diese Weise seinem eigentlichen Zweck entzogen wird, und es ist auch in der Verfassung nicht begründet, daß nunmehr für den Kaiser ein neues Schiff gebaut werden soll. Wenn der Kaiser ein Schiff für seine Privatzwecke wünscht, dann muß er die Kosten hierfür auch selbst übernehmen. Auf keinen Fall darf ein solcher Privatbau zu Lasten der Steuerzahler ausgeführt werden. Wenn diese Forderung wirklich an den Reichstag gelangt, dann wird sie scharfe Auseinandersetzungen auslösen.

Das Petroleummonopol.

Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung" geht in ihrem Wochenrückblick auf die Angriffe auf das Monopol kurz ein und teilt mit, daß die Vorlage, die die Zustimmung des Bundesrats bereits gefunden hat, im Laufe dieser Woche veröffentlicht wird. Das Organ des Reichskanzlers bemerkt dazu:

„Wenn freilich verschiedentlich die Erwartung ausgesprochen ist, mit der Begründung des Gesetzentwurfs würden auch diejenigen Maßnahmen publiziert werden, die die Regierung zur Vorversorgung Deutschlands mit Leuchtöl getroffen habe oder zu treffen gedenke, insbesondere die mit Außenseitern der Standard Oil Compagnie geschlossenen Vorverträge, so kann diese Erwartung selbstverständlich nicht erfüllt werden. Es versteht sich für den Geschäftskundigen von selbst, daß derartig vorbereitende Maßnahmen geheim behandelt werden müssen. Wie in zahlreichen Fällen ähnlicher Art werden die Mitteilungen erst der vom Reichstag eingesetzten Kommission, und auch nur vertraulich, gemacht werden können."

Es wird dann behauptet, daß alle Maßnahmen getroffen seien, um zu verhüten, daß das Großkapital sich etwa auf Schleichwegen bereichern kann und außerdem wird versichert, daß nicht beabsichtigt sei, eine Verteuerung des Petroleums eintreten zu lassen.

Die päpstliche Enzyklika.

Die „Kölnische Volkszeitung" druckt in ihrer Nr. 980 vom Sonntag, dem 10. November die päpstliche Enzyklika ab, bringt aber bereits in der vorhergehenden Nr. 979 vom 9. November einen Kommentar zu der von ihr damals noch gar nicht mitgeteilten Kundgebung des Papstes. Die „Köln. Volkszeitung" versucht, die Enzyklika teilweise geradezu in ihr Gegenteil zu verkehren, mindestens aber ihr die Spitze abzubrechen, die sie unleugbar gegen die christlichen Gewerkschaften hat. Der Kommentar der „Kölnischen Volksztg." ist geradezu ein Musterbeispiel der Auslegung. Wenn die Enzyklika betont, daß mit gemischten Vereinigungen Gefahren für Glauben und Sitte verbunden seien, so seien damit nicht die christlichen Gewerkschaften gemeint; denn es sei nur angedeutet, daß möglicherweise Gefahren entstehen könnten. Solche Gefahren zu vermeiden, sei aber die Pflicht der betreffenden Organisationen. Insbesondere müßten die christlichen Gewerkschaften darauf sehen, daß ihre katholischen Mitglieder auch den konfessionellen Standesvereinen angehören. Der Papst könne nicht die Absicht gehabt haben, die Unterdrückung der christlichen Gewerkschaften zu verlangen, sonst wäre die feierliche Erklärung der Zulässigkeit der Mitgliedschaft nicht erfolgt. Dabei möge man sich vor Augen halten, daß die christlichen Gewerkschaften in der Enzyklika als ein notwendiges Uebel bezeichnet werden. Darin erblickt also die „Kölnische Volkszeitung" die feierliche Erklärung der Zulässigkeit. Auch wo der Papst den Interkonfessionalismus verurteile, wende er sich keineswegs gegen die christlichen Gewerkschaften, denn auch die nichtkatholischen Mitglieder dieser Gewerkschaften sollen mit einer interkonfessionellen christlichen Religion nichts zu tun haben. — Die „Köln. Volkszeitung" kommt dann zu dem Schluß, daß für die christlichen Gewerkschaften absolut nichts zu befürchten sei.

Das heißt man nun allerdings, die Tatsachen direkt auf den Kopf stellen; denn genau das Gegenteil von dem, was die „Kölnische Volkszeitung", ihre Leser langsam vorbereitend, sagt, ist in der Enzyklika enthalten. Zwar werden die christlichen Gewerkschaften nicht direkt verurteilt, aber damit, daß ihnen ein Kartell empfohlen wird, ergibt sich für jeden vernünftigen Menschen, daß der Gedanke zum Ausdruck gebracht werden soll, die katholischen Arbeiter möchten sich mit ihren Organisationen durch ein Kartell mit den Organisationen andersgläubiger Arbeiter verbinden. Es kann auch gar nicht bestritten werden, daß die katholischen Fachabteilungen direkt als die Vereine bezeichnet werden, die sich des Wohlwollens des päpstlichen Stuhles erfreuen.

Der Landrat als Agitator.

Über das Muster eines politischen Landrates wird der „Voss. Ztg." aus Minden berichtet:

„Der Deutsche Bauernbund hält augenblicklich im Wahlkreis Minden-Lübbecke mit gutem Erfolg eine Reihe von Versammlungen ab. Der Kummer des Mindener Landrats über den Abfall der Kleinbauern, die hier nur in Frage kommen, ist so groß, daß er diese Versammlungen als Diskussionsredner aufsucht, um zu retten, was zu retten bleibt. Kürzlich war er in einer Versammlung des Bauernbundes in dem Dorfe Quetzen, in der Landwirt Wachhorst de Wente sprach. Als der Landrat sah, daß die Stimmung der Versammlung gegen die Agrarier gerichtet war, sprang er auf und forderte aus der Mitte des Saales die Anwesenden auf, darüber abzustimmen, wer sich noch „zur alten, bewährten konservativen Fahne" zähle. Von 200 Bauern erhoben sich wirklich 40 mit dem Gendarm an der Spitze. Nach dieser ersten Enttäuschung stellte der Landrat an den Hofbesitzer Wachhorst de Wente sogar noch die Frage, ob er die Abstimmung zum zweitenmal versuchen solle. Bereitwillig wurde ihm das auch gestattet, aber er ließ davon ab. Über dies Auftreten des Landrats ist man im ganzen Kreise empört. Man bedenke auch nur, was es bedeutet, wenn der oberste Beamte des Kreises die Autorität seines Amtes benutzt, um für seine Partei in solcher Form öffentlich Stimmung zu machen; denn das sollte doch die Abstimmung bezwecken."

Frankreich.

Die Herbst- und Wintersession des Parlaments. Am 5. November hat das französische Parlament seine Arbeiten wieder aufgenommen: über drei Monate durfte das Ministerium Poincaré regieren, ohne der parlamentarischen Kontrolle unterworfen zu sein. Der Ausbruch der Balkankrise und die Rolle, die der französische Ministerpräsident vom ersten Augenblick an dabei spielte, hat die Kritik zum Verstummen gebracht, die wegen dieser Verzögerung der Einberufung des Parlaments gegen die Regierung gerichtet wurde. Die bürgerlichen Parlamentarier scheinen es für richtig zu halten, wenn man sie an den wichtigsten Tagen zu Hause läßt. Einzig und allein die Sozialisten hatten nach dem Ausbruch der Balkankrise — und dann erst recht — die sofortige Einberufung der Kammer gefordert. Die Regierung wird durch eine möglichst kurze Session in eine günstige Lage versetzt, der Spannung zum Trotz, die wegen der Wahlreform zwischen ihr und der stärksten Partei, den Radikalen, herrscht. Da die Kammer und der Senat von Mitte Januar gewöhnliche Pause machen mußte, so wird man das Budget für 1913 bis Ende Dezember zu erledigen suchen, um die Bewilligung des provisorischen Zwölftels zu vermeiden. Selbst wenn nun die Debatte über das Budget bei der Beratung des Einzelartikel diesmal viel kürzer wird, wie gewöhnlich, so wird sie doch soviel Zeit in Anspruch nehmen, daß nicht allzuviel Sitzungen für andere Fragen übrig bleiben. Die Kammer hat zwar in ihrer ersten Sitzung am Dienstag beschlossen, jeden Freitag den Interpellationen zu widmen und am ersten Freitag mit der Diskussion der von den Sozialisten zur Lehrerfrage eingebrachten Interpellation zu beginnen, aber es braucht nur zu diplomatischen Balkanüberraschungen zu kommen (von den kriegerischen, die immer noch möglich sind, gar nicht zu reden), um die Kammer und den Senat zu veranlassen, sofort in die Besprechung der zur auswärtigen Politik schon vorliegenden Interpellationen einzutreten, die in einer Sitzung wohl schwerlich beendet werden könnte. Alle diese Umstände sind für das Ministerium Poincaré sehr günstig. Die Intrigen, die von den Radikalen zu seinem Sturz eingefädelt worden waren und die noch vor kurzem auf dem radikalen Kongreß von Tours durch eine scharf antiproportionalistische Resolution, die von einer großen Mehrheit angenommen wurde, den parteioffiziellen Segen erhielt, sind wie weggeblasen. Angesichts der internationalen Lage wird sich die radikale Partei wahrscheinlich hüten, eine Ministerkrise zu provozieren, nur um sich vor der Wahlreform zu retten und noch vor der Präsidentenwahl ein rein radikales Ministerium ans Ruder zu bringen, das jetzt von dem gemäßigten Poincaré geführt wird, der dem von den Radikalen so gefürchteten Proporz zusteuert. Sicher ist allerdings nichts!

Schweiz.

Der Bundesrat und der Papst. Das päpstliche Motu proprio vom 9. Oktober 1911, welches auf dem Umwege des Gewissenszwanges die Immunität der Geistlichen wenigstens für den Zivilprozeß anstrebt, hat den schweizerischen Bundesrat zu einer amtlichen Kundgebung veranlaßt. Dem Erlaß kommt besondere Bedeutung namentlich deshalb zu, weil die führende katholische Presse der Schweiz auch für diesen Uebergriff des Klerus kein Wort des Tadels übrig hatte, vielmehr alle reaktionären Erlasse des Papstes, Modernisteneid etc., rückhaltlos verteidigte, und zwar gleich von Anfang an und zu einer Zeit, da selbst die deutschen Zentrumsblätter nach einem halbwegs anständigen Auswege suchten. In einzelnen Kantonen mit besonders intransigentem Klerus wurde versucht, dem päpstlichen Motu proprio durch Einwirkung auf die Gläubigen noch besonderen Nachdruck zu verschaffen. Die Kantone Aargau und Solothurn hatten nun den Bundesrat um Intervention beim Papste, zum mindesten aber Interpretation des Erlasses ersucht. Der Bundesrat erklärt jetzt, daß er in Rom gar nichts zu intervenieren oder unterhandeln habe, weil es ja unzweifelhaft sei, daß die neuesten Ansprüche des Vatikans nach eidgenössischem wie kantonalem Rechte absolut unhaltbar seien. Nachdem der Bundesrat daran erinnert hat, daß das Schweizervolk in die Verfassung von 1874 Rechtsgrundsätze aufgenommen habe, deren Befolgung der Papst fünf Jahre früher in derBulle „apostolicae sedis" mit der Exkommunikation bedrohte, schließt er: „Diese Rechtsgrundsätze sind so sehr zum Gemeingut unseres Volkes geworden, daß ein päpstliches Motu proprio imstande ist, ihre Anerkennung und Beobachtung ernstlich zu gefährden." Es wäre zu wünschen, daß der Bundesrat dieselbe entschiedene Sprache auch führte gegenüber den Zumutungen fremder Kabinette, namentlich Italiens, Rußlands und in neuer Zeit auch Nordamerikas. Doch da versagt leider der Republikanerstolz.

Rußland.

Die Wahlen zur vierten Duma sind mit Ausnahme von sechs in ganz Rußland beendet. Es sind gewählt: 152 Mitglieder der Rechten, 71 Oktobristen, 69 Nationalisten, 36 Progressisten, 55 Kadetten, 21 Mitglieder der nationalen Fraktionen, 14 der Arbeitsgruppe, **12 Sozialdemokraten** und 6 Parteilose. Die Geistlichkeit ist durch 49 Mitglieder vertreten. Im Vergleich zur dritten Duma gewann die Rechte 97 Plätze. Die Oktobristen verloren 60, die Nationalisten 23 Sitze. Die vierte Duma wird am 28. November zusammentreten.

Asien.

Der russische Bär hat wieder einen fetten Happen übergeschnappt. Er hat mit der Mongolei einen sogenannten Protektionsvertrag abgeschlossen, der praktisch die russische Herrschaft über die Mongolei bedeutet. Nach dem Abkommen will Rußland alle Bestrebungen der Mongolei nach einem autonomen Regiment unterstützen, ebenso die Errichtung eines mongolischen Heeres sowie die Fernhaltung chinesischer Truppen. Rußland will also die Mongolei China entreißen und „selbständig" machen, um sie als asiatische Hilfstruppen besser benutzen und schließlich auch dem russischen Gebiet einverleiben zu können. Wenn Rußland dieses Unternehmen gelingt, hat es eine weitere wichtige Etappe in seiner asiatischen Eroberungspolitik erreicht. Dem russischen halboffiziösen Blatte Nowoje Wremja wird berichtet, daß der bisherige chinesische Gouverneur in Kobda (Mongolei) unter Kosakenbegleitung nach Charbin in der westlichen Mandschurei gebracht wurde. Drei Abteilungen Kosaken und eine Batterie sind auf dem Wege nach Kobda, deren Garnison 500 Mann beträgt, während 6000 Mann chinesischer Truppen nach demselben Orte unterwegs sind. Nach den bisher vorliegenden Meldungen soll China willens sein, die Mongolei mit Waffengewalt zu unterwerfen, **was zu einem Kriege mit Rußland führen würde.** Jedenfalls haben sich die Verhältnisse zwischen China und Rußland sehr ernst gestaltet.

Auch Japan bekommt nun anläßlich des russischen Vorgehens Appetit. Die japanische Presse rät der Regierung des Mikados eindringlich, das Beispiel des ehemaligen Gegners zu befolgen und die (Süd-) Mandschurei anzugliedern, wie man schon Korea angegliedert habe. Wenn man den japanischen Blättern glauben darf, hätten sich auch zahlreiche kaiserlich gesinnte Mandschu und sonstige Feinde der chinesischen Republik bei Japan in diesem Sinne verwandt.

Natürlich würde das Spiel weitergehen. Hätte Japan die Süd-Mandschurei, so würde Rußland sich wiederum genötigt sehen, die Nord-Mandschurei zu nehmen, worauf dann wieder Japan „Kompensationen" haben müßte, und so weiter in regelmäßiger Abwechslung. Oder vielleicht kommt noch England dazwischen, das das schöne Kompensationsspiel mit Tibet beginnen könnte.

Es ist dafür gesorgt, daß die Diplomatie, deren Nutzen soeben die Ereignisse am Balkan so deutlich gezeigt haben, stets geschäftig sein kann.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 11. November.

Bau eines Verwaltungsgebäudes für die Ortskrankenkasse. Eine vom Vorstand der Ortskrankenkasse auf Sonnabend, den 9. November einberufene außerordentliche Generalversammlung befaßte sich mit dieser außerordentlich wichtigen Sache. Schon seit Jahren, so führte der Vor-

sitzende, Herr Coleman, aus, hätte es sich gezeigt, daß die der Kasse zur Verfügung stehenden Räume nicht mehr genügten, um den Verkehr mit dem Publikum in ordnungsgemäßer und wünschenswerter Weise zu erledigen. An der Hand der Mitgliederzahlen aus den einzelnen Jahren gab er ein Bild über das Wachstum der Kasse, dabei bemerkend, daß nach Inkrafttreten des die Krankenversicherung betreffenden Teiles der R.-V.-O. und bei Ablehnung der Errichtung einer Landkrankenkasse ein weiterer großer Mitgliederzuwachs zu erwarten sei. Die Frage der Errichtung eines eigenen Verwaltungsgebäudes sei daher jetzt eine brennende geworden und habe der Vorstand sich deshalb veranlaßt gesehen, aus seiner Mitte eine Kommission zur Prüfung der Frage einsetzen. Daß solches geschehen soll, davon sei der letzten Generalversammlung schon Mitteilung gemacht und habe diese davon in zustimmender Weise Kenntnis genommen. Nach Prüfung zahlreicher Angebote sei die Kommission und der gesamte Vorstand nunmehr dazu gekommen, der Generalversammlung den Ankauf der Gebäude Fleischhauerstraße 55 und 57 zum Preise von 70 500 Mark und des Hauses 59 zum Preise von 30 000 Mk. zu empfehlen. Die ersten beiden Gebäude würden schon jetzt, wie aus der ausgehängten Skizze ersichtlich ist, für die Zwecke der Kasse gebraucht werden müssen. Das letztere soll zugleich mit erworben werden, um sich für die Zukunft zu sichern, es verzinse sich auch so, daß durch den Ankauf der Kasse kaum Kosten entstehen dürften. Die Preise der Grundstücke seien durchaus günstig zu nennen und seien es die vorteilhaftesten Angebote gewesen, die zu haben gewesen wären. Die Kosten des Neubaues würden sich schätzungsweise auf 170 000 Mark belaufen, doch glaube er, daß sich die Sache noch wesentlich billiger machen lasse. Die Kasse käme durch den Neubau allerdings erheblich höher auf Miete. Doch ließe sich dagegen schlechterdings nichts tun, da wir geeignete staatliche Räume zu so billigem Preise nicht wieder erhalten würden. Er ersuche deshalb den Antrag des Vorstandes anzunehmen. In der sich hieran anschließenden Diskussion wurde bemängelt, daß der Antrag den Generalversammlungs-Vertretern so spät zugegangen sei und gewünscht, aus den Reihen der Vertreter nochmals eine Kommission einzusetzen, die die Sache nachprüfen sollte. Die geforderten Preise für die Grundstücke wurden nicht gerade als zu hoch bezeichnet, doch könne es ja immerhin möglich sein, noch etwas abzuhandeln und wurde dabei auf die Gepflogenheiten in der Bürgerschaft hingewiesen. Dem wurde entgegengehalten, daß der Vorstand die Häuser nur bis zum 12. November an der Hand habe und somit in einer gewissen Zwangslage sich befunden hätte. Die Diskussion, an der sich im ablehnenden Sinne die Herren Aug. Pape, v. Schack und Möller, im befürwortenden Sinne die Herren Coleman, Prigge, Scheither, Monnier, Körner, Salamon und Hoff beteiligten, zeitigten das Resultat, daß der Antrag des Vorstandes mit großer Majorität angenommen würde. Es wurde dann weiter beschlossen, die bestehende Baukommission aus der Mitte der Generalversammlung um 6 Mitglieder und zwar 2 Arbeitgeber und 4 Arbeitnehmer auf 11 Mann zu verstärken. Aus den Reihen der Arbeitnehmer wurden gewählt die Herren Radden, Stelling, Jul. Tiedemann und Spiegel. Die Arbeitgeber sollen später ernannt werden. — Die Kasse wird nun in absehbarer Zeit ein eigenes Heim beziehen. Damit werden die schon so oft gerügten Zustände bei Abfertigung der Kranken und sonstigen Interessenten der Kasse verschwinden. Der Beschluß wird daher hoffentlich zum Segen der Kasse und ihrer Mitglieder ausfallen und die Befürchtung des Berichterstatters der „Lübschen Anzeigen", die Beiträge müßten erhöht werden, wovon unseres Wissens in der ganzen Versammlung nicht die Rede gewesen ist, nicht eintreten.

Die diesjährigen Herbstkontrollversammlungen finden in Lübeck im Restaurant Pockenhof (Burgfeld) statt: Am Mittwoch, dem 13. November 1912, vormittags 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklasse 1907. Am Mittwoch, dem 13. Novbr. 1912, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklasse 1908.

Eine Prügelgeschichte aus der Domschule beschäftigte am Sonnabend die dritte Strafkammer als Berufungsinstanz. Angeklagt war der Lehrer Friedrich Meyer wegen fahrlässiger Körperverletzung an einem 13jährigen Schulknaben. In erster Instanz wurde Meyer zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt. Zu Beginn der Verhandlung nahm die Staatsanwaltschaft die Berufung zurück. Vorausgeschickt sei das Zeugnis des Medizinalrats Dr. Riedel, der den Jungen als sehr schwächlich und geistig durchaus minderwertig bezeichnete. Das Gedächtnis des Knaben sei schlecht, was er gelernt, ist bald wieder vergessen. Mit sieben Jahren lernte der Knabe erst sprechen, er hat auch in den ersten Lebensjahren schwere Erkrankungen durchgemacht. Dieser Knabe kam Ostern in die Domschule, nachdem er aus der katholischen Schlechten Betragens wegen ausgewiesen worden war; so bekundet der als Zeuge vernommene Hauptlehrer. Der Knabe machte dem Klassenlehrer viel zu schaffen, er war nach dessen Urteil unartig, verlogen und faul, fehlte öfters und besuchte auch die Strafstunden nicht. Dafür erhielt der Junge Prügel. Im vorliegenden Falle war das Bürschchen ebenfalls nicht zu den Nachhilfestunden gekommen und hatte dann eine unpassende Antwort gebraucht. Daraufhin nahm ihn der Lehrer vor und schlug mit dem üblichen Rohrstock — der jetzt in zwei Teile gespalten als Corpus delicti gezeigt wurde — sechs- bis siebenmal auf das Gesäß des Knaben. Der Angeklagte erklärt auf die Frage des Vorsitzenden, daß er gut ausgeholt habe. Das scheint wohl richtig zu sein, denn wie wir weiter unten anführen, waren die Zeichen noch längere Zeit deutlich sichtbar. Lehrer Meyer sieht in diesen nur das Merkmal besonders empfindlicher Haut des Knaben, der einige Tage vorher schon auf dieselbe Stelle einige Stockschläge erhalten habe. In seiner 38jährigen Tätigkeit als Lehrer habe er schon manchen Knaben das Fell vollgeklopft, ohne daß derartige Folgen entstanden wären. Er sei sich nicht bewußt, die Vorschriften über das Züchtigungsrecht für städtische Volks- und Mittelschulen überschritten zu haben. Überhaupt müsse er sich über die Anzeige wundern, die die Mutter des Knaben erstattet habe. Etwas anderer Ansicht ist Dr. Feldmann. Es hätte sich hier nicht um eine gewöhnliche Züchtigung gehandelt, derartige ihm vorgewiesene Beschwerden weise er sofort zurück und die Beschwerdeführenden an die Oberschulbehörde, sondern um eine schwere körperliche Verletzung, für die er auf Antrag ein Attest ausstellen müsse. Das Gesäß des Knaben habe ausgesehen, wie mit schwarzblauer Tinte begossen. Der Knabe sei ihm erst fünf Tage nach der Züchtigung zugeführt worden, doch bezweifle er, daß 6—7 Stockschläge die blutunterlaufenen Striemen verursacht hätten. In der begreiflichen Erregung habe der Lehrer die Schläge gewiß nicht gezählt. Die Heilung erforderte 8—10 Tage. Die Züchtigung sei zu stark gewesen, damit wolle er allerdings nicht sagen, daß der Lehrer den Knaben habe schädigen wollen. Über die Aussage des Hauptlehrers, der den Knaben 1½ Stunden nach der Züchtigung im Beisein eines Schülers der ersten Klasse untersuchte, müsse er sich wundern. Der Sachverständige machte ferner die Mitteilung, daß ihm einmal nach einer Freisprechung eines Lehrers eine höhnische Bemerkung von einem solchen auf der Straße zugerufen worden sei. Hauptlehrer Nevermann ist der Ansicht, daß besondere Maßnahmen ergriffen werden mußten, um dem Knaben die Schulordnung begreiflich zu machen. Übrigens sei es mit dem Knaben jetzt besser geworden, seit jenem Denkzettel. Das Züchtigungsrecht sei absolut notwendig. Einige Herren hätten auf die Anklage ihres Kollegen hin erklärt, daß sie nach dessen Verurteilung den Stock nicht mehr gebrauchen würden. Die Mutter des gezüchtigten Knaben hat sich mehrmals beim Hauptlehrer beschwert, sie hält ihren Sohn nicht für unartiger als andere Kinder. Der Knabe könne abends noch so viel lernen, am andern Morgen habe er alles wieder vergessen. Staatsanwalt Dr. Eschenburg beantragte, das schöffengerichtliche Urteil aufrechtzuerhalten, betonte jedoch, daß er es bedauern würde, wenn nach den Ausführungen des Hauptlehrers dem Humanitätsempfinden so weit nachgegeben würde, um in der Schule die Prügelstrafe aufzuheben. Diese sei ein durchaus geeignetes Erziehungsmittel. Es wäre zu überlegen, ob sie nicht auch in andern Fällen angebracht wäre. Entgegen den Aussagen des Sachverständigen Medizinalrats Dr. Riedel, der nebenbei gesagt Rückschlüsse aus der damaligen Behandlung des Knaben nicht bestimmt ziehen kann, weil er ihn nicht gesehen hatte, hält der Angeklagte den Knaben nicht für minderwertig, sondern für faul. Auch das Gericht ist zum Teil dieser Auffassung. Das erste maßgebliche Gutachten Dr. Feldmanns stelle eine Form der Behandlung fest, welches in den äußerlichen Befunden recht starke Schläge erkennen und es fraglich erscheinen ließen, ob die Grenzen der notwendigen Züchtigung nicht überschritten seien. Das Zeugnis des Hauptlehrers habe diese Überschreitung nicht entdecken können. Aus den Aussagen des Sachverständigen Dr. Riedel lasse sich bestimmtes jetzt nicht mehr feststellen. Auch das Gericht könne nicht mehr feststellen, ob eine Überschreitung stattgefunden habe, wenn es auch nicht verkenne, daß dieses der Fall gewesen sein könnte. Es handle sich um einen faulen Jungen, der weniger minderwertig als vielmehr hartnäckig sei. Wenn da der Lehrer einmal kräftig vom Stocke Gebrauch gemacht habe, könne es ihm nicht zur Last gelegt werden. Es handle sich nicht um einen jungen Lehrer, der den Knaben hätte schädigen wollen, sondern um einen erfahrenen Mann, der mit dem Züchtigungsrecht umzugehen verstehe. Der Angeklagte müßte deshalb freigesprochen werden. Die Verteidigung stellte noch die Frage, ob der Knabe in der betreffenden Zeit nicht etwa zu Hause geschlagen worden sei!

Novemberwetter. Das Novemberwetter mit all seinen unangenehmen Erscheinungen, von denen uns schon der Oktober einen Vorgeschmack gegeben hat, macht sich in diesem Jahr besonders bemerkbar. Der veränderliche Witterungscharakter, der den ganzen bisherigen Herbst ausgezeichnet hat, hält fortgesetzt an und es scheint, als ob uns das schlechteste Novemberwetter mit seinen Regen, seinen Stürmen und dem ewig grauen Himmel, den man sprichwörtlich den „Novemberhimmel" nennt, noch bevorsteht. Selbst wenn sich einmal hoher Luftdruck einstellt, bringt er nicht immer das ihm typische heitere Wetter mit sich, eine Tatsache, die ja gerade der kalten Jahreszeit eigentümlich ist, wo sich oberhalb eines vertikal wenig ausgedehnten Hochdruckgebiets ein Tiefdruckgebiet ausbildet, das dann mitten im Hoch den grauen Himmel, wenn auch keinen oder nur wenig Niederschlag hervorruft. Und tritt wirklich einmal klarer Himmel und damit Kälte und Nachtfrost auf, so sind wieder, besonders in der Nähe von Flüssen, die Bedingungen zur Nebelbildung gegeben. Als sich vor einigen Tagen über den Kontinent ein kräftig entwickeltes Hochdruckgebiet einstellte, das zum Beispiel am 7. November allgemeine Aufheiterung zur Folge hatte, konnte man an eine Fortdauer derselben glauben; doch hatte auch dieses Hoch keine große vertikale Mächtigkeit, und schon am nächsten Tag schickte das jetzt fast permanent bei Island lagernde Tiefdruckgebiet einen Ausläufer bis nach Süddeutschland vor, womit am Freitag wieder Trübung und Regen verbunden war. Wir hatten hier die Erscheinung, daß sich, obwohl der Luftdruck über 770 Millimeter hoch lag, das unangenehmste Regenwetter einstellte, das sich am Sonnabend fortsetzte, obgleich unser Gebiet mitten im hohen Druck lag. Dazu scheinen jetzt die vom Ozean vorrückenden Tiefdruckwirbel allmählich größere Intensität zu bekommen, so daß sich zu dem Regenwetter bald auch stürmische Winde gesellen werden, die ja zur jetzigen Jahreszeit zu beginnen pflegen.

pb. **Stehler und Hehler.** Festgenommen wurden zwei hiesige Arbeiter wegen Diebstahls bezw. Hehlerei. Der eine eignete sich aus dem Lager eines Kaufmannes, woselbst er arbeitete, ein Paket mit 12 Taschenmessern an und gab dem andern die Hälfte ab. Beide suchten gestern vormittag die Messer in Wirtschaften und auf Schiffen zu verkaufen, wobei sie ertappt wurden.

pb. **Verhafteter Deserteur.** Festgenommen wurde ein von der 1. Torpedodivision in Kiel desertierter Matrose.

Einen Liederabend veranstaltet am kommenden Freitag der Gesangverein „Eintracht" im Gewerkschaftshaus. Zur Mitwirkung sind Herr Holmquist und Frl. Wolter, beides hochgeschätzte und stimmlich hervorragende Mitglieder unserer Oper, gewonnen worden. Der Eintrittspreis beträgt trotzdem nur 25 Pfg. pro Person. Es darf wohl erwartet werden, daß die Eintrittskarten zu diesem Kunstabend bald vergriffen sind. Das Programm und die künstlerischen Darbietungen verdienen ein volles Haus.

Schlutup. Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins fand hier am Sonntag nachmittag statt. Nach der Aufnahme mehrerer neuer Mitglieder erstattete Genosse Löwigt-Lübeck den Bericht vom Chemnitzer Parteitag. Eine Diskussion schloß sich an das beifällig aufgenommene Referat nicht.

w. **Mölln.** In einer mäßig besuchten öffentlichen Versammlung sprach Sonnabend abend der Genosse Bartels aus Altona über das sozialdemokratische Kommunalprogramm. In ausführlicher, verständlicher Weise erläuterte der Referent die Forderungen, die die Sozialdemokratie im Interesse der Allgemeinheit an die Kommune stellt und an Beispielen zeigend, daß überall und auch in Mölln die Vertreter der Besitzenden gewöhnlich nur das Interesse ihrer Klasse vertreten. In zu Herzen gehenden Worten forderte der Referent die Anwesenden auf, im Interesse der Allgemeinheit dafür zu sorgen, daß auch in Mölln endlich einmal Ernst gemacht und alles dran gesetzt wird, um dem sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege zu verhelfen. In der Diskussion kam der sozialdemokratische Kandidat, Genosse C. Wagner, auf die Möllner Verhältnisse zu sprechen und hob hervor, daß es unverantwortlich sei, daß man nun bald zwei Jahre am Krankenhaus baue, ohne dasselbe fertig zu bekommen; in der Wasserleitungsfrage komme man nicht vorwärts, das schwere Geld liege in der Erde und müsse verzinst werden, ohne daß die Bürgerschaft irgend welchen Nutzen davon habe; ein Ende sei gar nicht abzusehen usw. Auch der Genosse Wagner forderte die Anwesenden auf, nicht seiner Person wegen, sondern im allgemeinen Interesse dafür einzutreten, daß der sozialdemokratische Kandidat gewählt wird. — Die Bürgerlichen sind sich ihres Sieges sicher. In der Versammlung des Neuen Bürgervereins am Freitag abend hat man gegen den ausscheidenden Stadtverordneten Botje durch eine starke Minorität den Rentner H. Jantzen jun. auf den Schild erhoben und damit gezeigt, daß man in den honetten Kreisen noch nicht vergessen hat, daß Botje vor einigen Jahren sehr stark an der Opposition gegen den Bürgermeister beteiligt war. Botje hatte bekanntlich behauptet, daß in ein Protokoll einer Kollegiensitzung später ein Zwischensatz eingefügt worden sei, und bei dem Essen gelegentlich der Eröffnung der Hafenbahn waren der Bürgermeister und Botje beinahe aneinander geraten. Damit soll nun nicht etwa gesagt werden, daß Botje eine Leuchte in unserer Stadtvertretung war; er ist ebenso gut ein Vertreter der Besitzenden wie die übrigen und hat sich ebensowenig wie diese um die Besitzlosen gekümmert. Ihr Besitzlosen, Handwerker und Arbeiter, habt es in der Hand, Eure Interessen, die sich mit den Interessen der Allgemeinheit decken zur Geltung zu bringen. Macht den Besitzenden einen Strich durch ihre Rechnung und wählt am 12. November den Kandidaten der Sozialdemokratie, den Genossen C. Wagner.

Hamburg. Das Hamburger Staatsbudget. Der Budgetentwurf des Hamburger Stadtstaates für 1913, der am Mittwoch in der Bürgerschaft beraten wurde, weist im ordentlichen Etat eine Gesamtausgabe von 180 Millionen Mark und eine Einnahme von 171 Millionen Mark auf. Der auf 9 Millionen veranschlagte Fehlbetrag wird sich nach den Berechnungen des Finanzsenators Dr. Diestel endgültig auf etwa 5 Millionen verringern. Die im vorigen Jahre bewilligten neuen Steuern haben vier Millionen eingebracht, der doppelte Betrag ist aber für Gehaltserhöhungen an die Beamten gebraucht worden. Die Erschließung neuer Einnahmequellen wird sich daher nicht umgehen lassen, wenn auch die Finanzlage nach wie vor recht günstig ist. Den 34 Millionen, die jährlich der Schuldendienst (Verzinsung und Amortisation) erfordert, stehen 49 Millionen Einkünfte aus dem Staatsvermögen gegenüber. Erhöhte Ausgaben außer den Beamtengehältern und Verkehrsanlagen haben besonders die Krankenanstalten und das Bildungswesen beansprucht. Für öffentliche Vorlesungen und Bücherhallen wendet Hamburg jetzt mehr auf als irgend eine andere Stadt in Deutschland. Hierbei sei bemerkt, daß auf sozialdemokratischen Antrag vor drei Jahren beschlossen wurde, zur Bekämpfung der Schundliteratur alljährlich an die im letzten Schuljahr stehenden Volksschüler gute Bücher umsonst zu verteilen. Für diesen Zweck sind in das neue Staatsbudget 10 000 Mk. eingestellt. Von den Rednern der verschiedenen Fraktionen wurde an dem Entwurf eine die Vorzüge des Budgets im allgemeinen anerkennende Kritik geübt. Der sozialdemokratische Redner, Genosse Stolten, machte darauf auf eine ganze Anzahl unnützer Ausgabeposten aufmerksam und ermahnte zu größerer Sparsamkeit in der Verwaltung. Infolge einer Anfrage des liberalen Abg. Dr. Blunck kam es auch zu einer Aussprache über das vom Reiche geplante Petroleummonopol. Der Senatskommissar bestätigte, daß die Vertreter der Hansestädte im Bundesrat gegen das Monopol gestimmt hätten. Genosse Stolten wies auf die Gefahren eines Halbmonopols für die Allgemeinheit hin. — Der Budgetentwurf wurde sodann dem Budgetausschuß überwiesen.

Schwerin. Eine ohnmächtige Regierung. Der mecklenburgische Verfassungsverein hat durch seinen Vorsitzenden, den Rechtsanwalt Sauerwein, dem mecklenburgischen Staatsminister Bossart eine Resolution überreichen lassen, in der verlangt wird, daß in den neuen Verfassungsentwurf das Reichstagswahlrecht für den Landtag aufgenommen werden solle. Der Minister erklärte bei dieser Gelegenheit, daß die jetzige Vorlage weder den Wünschen der Regierung, noch denen des Großherzogs entspreche, man sei nur darauf bedacht gewesen, eine Verständigung mit der Ritterschaft zu erzielen. — Diese Ritterschaft sind die mecklenburgischen Junker, die gegen jede moderne Verfassung sind, weil sie befürchten, dann in gerechter Weise zur Steuer herangezogen zu werden.

Rostock. Tödlicher Unglücksfall. Bei den zwischen Schwaan und Niendorf ausgeführten Arbeiten für die elektrische Überlandszentrale ereignete sich Freitag ein gräßlicher Unglücksfall. Ein bei den Arbeiten beschäftigter Monteur aus Eberswalde kam der Starkstromleitung zu nahe und erlitt den sofortigen Tod.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Maria Stuart", Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Am Sonnabend wurde in unserm städtischen Theater an Schillers Geburtstag (10. November 1759) durch eine Aufführung seines Trauerspiels „Maria Stuart" erinnert. Das Haus war auch ganz leidlich besetzt, denn die sonderbaren Kunstliebhaber, die zwar das Theater meiden, aber dafür harmlose Sachen, welche wenigstens von anderen nicht sehr kritisch veranlagten Leuten besucht werden, zetern und sie in Grund und Boden verdammen, hatten diesmal ihre heranwachsende Jugend in die Vorstellung geschickt; sie selbst sind ja darüber hinaus, sich Schillers Werke anzusehen. „Maria Stuart" ist als Drama sehr wirkungsvoll; der meisterhafte Aufbau zwingt Bewunderung ab; nicht minder die wunderbare poetische Form, in die Schiller seine Gedanken gießt. Mit der Wiedergabe, die das Werk am Sonnabend an unserer Bühne erfuhr, konnte man sehr zufrieden sein. Frl. Pfliegl verstand es, der Maria Stuart neben hoheitsvoller Haltung echt menschliche Züge zu verleihen. Die Begegnung der Maria mit Elisabeth — eine der packendsten Szenen des Dramas überhaupt — wurde von ihr und Frau Laudien (Elisabeth) besonders eindrucksvoll gestaltet. Zu der anmutigen Stuart bildete die herbe, intrigante Elisabeth der Frau Laudien ein treffliches Gegenstück. Mit vielem Temperament aber andauernd geknickten Knien spielte Herr Schürer den Mortimer. Der auch in der Maske interessante Talbot des Herrn Brunow war eine gereifte Leistung, aus der künstlerischer Ernst und warme Empfindung sprach. Herr Hoss vermochte als Graf Leicester wenig zu erwärmen, doch lag das wohl in der Hauptsache an der unsympathischen Rolle; Die Herren Nowak (Burleigh) und Schweisguth (Melvil) sowie Frl. Gerlach (Kennedy) waren tüchtige Vertreter ihrer Aufgaben. Die Regie hatte mit der Umsicht ihres Amtes gewaltet, die man bei Herrn Brunow gewohnt ist und die auch gebührend geschätzt zu werden verdient. So kam eine Aufführung heraus, die im ganzen des großen Dichters würdig war, dessen Werk sie diente. Reicher Beifall lohnte alle Mitwirkenden.

P. L.

„Das weite Land", Schnitzlers Tragikomödie ging gestern nachmittag vor vollbesetztem Hause als Vorstellung für den Arbeiterbildungsverein in Szene. Sowohl das Stück selbst als auch die ausgezeichneten Leistungen der Schauspieler mit Herrn Hoss an der Spitze, fanden ein sehr aufmerksames und dankbares Publikum.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Allen denen, die meinem lieben Manne die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, insbesondere Herrn Pastor Bernhard für die trostreichen Worte am Sarge des teuren Entschlafenen, sowie dem Verband der Zimmerer und dem Sozialdemokratischen Verein sage hiermit meinen tiefgefühlten Dank.

Lina Denker Ww., geb. Zimmer und Kinder. (4860

Für die vielen Geschenke und die Gratulationen zu unserer silbernen Hochzeit danken herzlich (4874

Wilh. Richartz u. Frau geb. Bäumlein.

Unserer lieben Mutter zu ihrem 40. Wiegenfeste die besten Glückwünsche! Ihre Kinder **K. M., P. W., H. B.**

4866) Parliner Straße 20.

Zu verkaufen event. zu verm. in Stockelsdorf, Ahrensbök. Chaussee 67, neues massiv. **Haus** m. 2 Wohn., a 3 Zim. u. Stall, preisw. z. verk. Näh. bei Wilh. Hinrichsen, Nr. 88, u. H. Randt. Nr. 10, Stockelsdorf.

Ein gut erhaltener **Kinderwagen** zu verkaufen. (4865

Kronsforder Allee 113 I l.

Beerdigungs-Institut „Zur Ruhe“ Fr. Barby

Hüxstraße 117. Tel. 816.

Uebernahme von Erd- und Feuerbestattungen.
Ueberführungen von und nach auswärts. (4197

Zigarren

100 Stück 4^{20} 4^{50} 4^{70} Mk.

Carl Wittfoot,

4[illegible] 18 Hüxstraße 18.

Wasserdichtes Lederfett

konserviert vorzüglich und ist geruchlos. (4862

Ferd. Kayser.

Achtung! Billig!

Jeden Dienstag u. Freitag von 8 bis 1 Uhr verkaufe auf dem Brolingplatz (Holstentor): frische billige Seefische aller Art, Fischkarbonade, Pfund 40 Pfg.

Emilie Boy, Königstraße 61, Marktstand. 46. (4875

Achtung Schneider!

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, 12. Nov.

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Kartellbericht.
2. Bericht von der Vorstände-Konferenz.
3. Abrechnung vom Ball.
4. Bericht von der Damenschneider-Konferenz.
5. Verschiedenes.

4870) **Die Ortsverwaltung.**

Holzarbeiter-Verbd.

Zahlstelle Lübeck.

Vertrauensmänner-Versammlg.

am Dienstag, 12. Novbr.

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52

Um das Erscheinen sämtlicher Vertrauensmänner wird dringend gebeten.

NB. Die Mitglieder-Versammlung findet am Donnerstag, den 14. November statt.

4872) **Die Ortsverwaltung.**

Zentr.-Verb. pr. Freidenker D.

Mitglieder-Versammlung

morgen Dienstag, 12. d., 8½ Uhr

Tagesordnung: 4[illegible]

1. Vortrag des Herrn Dr. Moderne Erziehung. Referent: [illegible]
2. Verschiedenes. Der Vorstand.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend

e. G. m. b. H.

Die Eröffnung unserer Warenabgabestelle 21

in Seeretz

erfolgt am

Montag, dem 11. November 1912.

Wie wir bestrebt gewesen sind, diese in unserem neuerbauten eigenem Heim eingerichtete Abgabestelle praktisch und ansprechend einzurichten, so werden wir uns auch stets bemühen, durch Beschaffung guter Waren zu billigen Preisen die Anerkennung unserer Mitglieder zu erhalten.

Indem wir gleichzeitig die Erwartung aussprechen, dass uns unsere Mitglieder in Seeretz und Dänischburg durch rege Inanspruchnahme der Warenabgabestelle, wie auch durch Werbung neuer Mitglieder tatkräftig unterstützen, geben wir im nachstehenden einen kurzen Preisauszug von den vielen von uns geführten Waren:

Streu- u. Kristallzucker	pro Pfd.	22 ₰	**Weizenmehl**	pro Pfd.	17 und 20 ₰
Würfelzucker	„ „	24 ₰	**Reismehl**	pro Pfd.	18 ₰
Brodenzucker	„ „	24 ₰	**Maismehl**	„ „	24 ₰
Hartgriess	„ „	24 ₰	**Kartoffelmehl**	„ „	18 ₰
Kindergriess	„ „	24 ₰	**Sagomehl**	„ „	30 ₰
Basseinreis	„ „	20 ₰	**Puddingpulver**	pro Paket	6 und 8 ₰
Patnareis	„ „	28 ₰	**Rote Grütze**	pro Paket	6 ₰
Sago, Patent	„ „	28 ₰	**Backpulver**	„ „	5 ₰
Sago, echt ostindischer	„ „	34 ₰	**Vanillinzucker**	„ „	5 ₰
Nudeln, diverse	„ „	30 ₰	**Preisselbeeren**	pro Pfd.	40 ₰
Nudeln, Faden	„ „	32 ₰	**Marmelade**	„ „	30 ₰

Margarine ..... pr. Pfd. 64, 70, 80 und 90 Pfg.
Pflanzenmargarine „Palmato“ ..... pr. Pfd. 80 Pfg.
Petroleum .. pr. Liter 20 Pfg., **Streichhölzer** .. Paket 28 Pfg.

Ausführliche Preislisten sind in der Warenabgabestelle zu haben.

Die Unterzeichnung einer Beitrittserklärung und die Zahlung von 50 Pfg. Beitrittsgeld berechtigt zur Warenentnahme.

Beitrittserklärungen werden in der **Warenabgabestelle** entgegengenommen.

4856 **Der Vorstand.**

4532

Gefunden 1 Beutel mit Wegezehrung und Hammer. Abzuholen Stockelsdorf, Ahrensböker Straße 96. (4867

Hasenfelle

Kanin, Fuchs, Marder, Iltis usw.

Pferdehaare

Mähnen, Kuhschweife

kauft zu höchsten Preisen

J. L. Würzburg, Schmiedestr. 22 a.

Zigarren! Zigarren!

Sehr billig zu verkaufen.

4871) Schwartauer Allee 34, I.

Bienenfleiss.

3[illegible]

Vereinigte Butterhändler

von Lübeck und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter

kostet Pfd. **1.50** Mk. (4828

Lübecker

Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

4717)

Ordentliche

General-Versammlung

am Dienstag, 12. November

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

Geschäfts- und Kassenbericht vom 3. Quartal 1912.

☞ Anteilscheine legitimieren.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

P. Pape. J. Böger.

Achtung!

Steinsetzer u. Berufsgen.

Versammlung

am Dienstag, 12. Nov.

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:

1. Kassenabrechnung.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Bericht von der Gaukonferenz.
4. Kartellbericht.
5. Bericht v. der Vorständekonferenz.
6. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

4868) **Der Vorstand.**

Geschäftskutscher u. Kaufmannsarbeiter.

Versammlung

am Dienstag, 12. November

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstr. 50—52.

Tages-Ordnung:

Innere Verbandsangelegenheiten.

4864) **D. O.**

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 13. November

abends 8 Uhr,

in der Stadthalle:

7. volkstümliches Konzert

(Orchester 52 Musiker.)

Leitung:

Kapellmeister **Wilhelm Furtwängler.**

Opern- und Operetten-Abend.

Zur Aufführung kommen u. a.:

Ouverture zu Norma G. Bellini,
Walzer aus Graf von Luxemburg Fr. Lehar,
Intermezzo aus Hoffmanns Erzählungen J. Offenbach,
Große Tannhäuser-Phantasie R. Wagner.

Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger. 4877

Hansa-Theater

8½ Uhr. 8½ Uhr.

Gastspiel

Lotte Sarrow

Die Ehebrecherin

sowie 10 neue Spezialitäten.

Vorzugskarten nur wochentags gültig.

Sonntag nachmittag 4 Uhr:

Große Volks- und Fremden-Vorstellung

zu kleinen Preisen.

(4873

Ab 11 Uhr: Kabarett

bei freiem Eintritt.

Auftreten erster Kräfte.

Neues Stadttheater.

Dienstag, den 12. November:

50. Vorst. i. V.-A. 9. Vrst. i. Dienst.-A.

Anfang 7½ U. Ende nach 9½ U.

Hanneles Himmelfahrt.

Bühnendichtung v. Gerh. Hauptmann

Mittelpreise. 4861

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 265. Montag, den 11. November 1912. 19. Jahrg.

Zur Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten.

Der 5. November wird in der politischen Geschichte des großen transatlantischen Freistaates als bedeutungsvoller Tag stehen. Er hat den langersehnten politischen Klimawechsel gebracht. Ob dieser aber die Hoffnungen eines großen Teiles des amerikanischen Volkes erfüllt, ist freilich eine weit offene Frage. 16 Millionen Bürger und 2 Millionen Bürgerinnen sind zur Urne gegangen, um den Präsidenten und den Vizepräsidenten, die Abgeordneten für das Unterhaus und die für die staatlichen Legislativen, dann 36 Gouverneure und viele Tausende anderer Beamte zu wählen. Das hervorstechendste Resultat des Wahlganges ist die Erwählung des demokratischen Kandidaten Woodrow Wilson zum Präsidenten der Republik.

Zwar ganz richtig ist das eigentlich nicht. Eine direkte Wahl der obersten Beamten der Union durch das Volk existiert nicht. Freilich erscheinen die Namen der Kandidaten für die Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft auf dem Stimmzettel, aber sie dienen hier lediglich nur dem Wähler als Fingerzeig. Die Wählerschaft bestimmt nur die Elektoren, die dann am zweiten Montag im Januar zusammenkommen, um sich für einen Präsidenten (und Vizepräsidenten) zu entscheiden. Ihr Votum wird dem Vorsitzenden des Senats übermittelt, der am zweiten Mittwoch im Februar vor den beiden Häusern des Kongresses das Stimmenresultat der Elektoren bekannt gibt, und die Person, für die sich die absolute Mehrheit der staatlichen Elektorenkollegien ausgesprochen hat, als Präsident proklamiert, der dann am darauffolgenden 4. März sein Amt antritt.

Aber dieser Wahlmodus ist nur Formsache. Der Präsident wird faktisch mit Elektorenwahl bestimmt. Die Zahl der Elektoren ist gleich der Zahl der Mitglieder der beiden Häuser des Kongresses (Senat und Abgeordnetenhaus). Vor 4 Jahren waren es ihrer 483, diesmal 531. Die Partei, die die absolute Mehrheit der Elektoren, also mindestens 266 erhält, kann sicher auf den Einzug ihres Kandidaten ins Weiße Haus rechnen.

Der 5. November hat der demokratischen Partei 408 von den 531 Elektoren gebracht, eine Mehrheit, wie sie die Geschichte Amerikas noch nicht gekannt hat. Die Größe des Erfolges der Demokraten ist erst ganz zu ermessen, wenn man weiß, daß sie im Jahre 1908 nur 162 Elektoren erhielt. Selbst wenn diesem Gewinn nicht ein entsprechender Zuwachs an Abgeordneten, Gouverneuren, Richtern usw. zur Seite stehen sollte, so ist er dennoch gewaltig und läßt erkennen, wie groß die Abneigung gegen die republikanische Partei ist. Freilich zu wundern braucht man sich über die Niederlage der Republikaner nicht, sondern höchstens darüber, daß sie noch nicht eher eingetreten ist.

Die republikanische Partei regiert seit einem halben Jahrhundert — von zwei kurzen Perioden abgesehen — ununterbrochen in Washington. Unter ihrem Regime ist aus einer „Regierung für das Volk und durch das Volk" eine Regierung des Großkapitals und seiner korrupten und brutalen Handlungen geworden. Die Schreie des ausgebeuteten und unterdrückten Volkes nach Schutz gegen Ausbeutungswut, schießende Soldateska und verurteilende Justiz, nach billigen und unverfälschten Lebensmitteln, nach Arbeiterschutz und anderen Reformen verhallten bei der großen „alten Partei" ungehört. Die Ausgebeuteten und Hungernden wurden in Wahlzeiten mit demagogischen Phrasen von dem „vollen Eßtopf" oder, daß sie im Land mit den höchsten Löhnen lebten, gefüttert und die, die nicht daran glauben wollten, wurden mit Einhaltsbefehlen und Polizeiknüppeln traktiert. Eine Schar Richter, deren Brutalität nur von ihrer Bestechlichkeit und Gewissenlosigkeit erreicht wird, stand beständig bereit, die paar arbeiterfreundlichen Gesetze, die hier und da geschaffen wurden, verfassungswidrig zu erklären und die armen Teufel, die gegen die heiligen Gebote des Gottes Kapital verstoßen hatten, zu verurteilen und einzukerkern. Selbst den Schein der Arbeiterfreundlichkeit verschmähte die republikanische Partei. Sie war die ausgesprochene Vertreterin großkapitalistischer Interessen. Diesen lieferte sie alles, was das Land an Naturschätzen besaß, für ein Linsengericht, oder ganz umsonst aus, und stellte ihnen die Staatsverwaltung, die Militärmacht, Polizei, Richterbank und Legislative zur beliebigen Verfügung. Durch Prohibitivzölle sorgte sie dafür, daß der Kapitalprofit von außen nicht bedroht und im Innern durch die Verteuerung der Lebensmittel erhöht wurde. Die Hochfinanz wußte, was sie an der republikanischen Partei hatte, und sie griff hier und da tief in die Tasche, um sie am Staatsruder zu erhalten. Aber damit ist es nun glücklicherweise vorbei. Trügen nicht alle Anzeichen, so ist Taft, der Vater des Einhaltsbefehls, der letzte der republikanischen Präsidenten gewesen. Das arbeitende Volk hat nicht die geringste Ursache, dem „dicken Bill" und seiner Partei eine Träne nachzuweinen. —

Wird das arbeitende Volk aber nun mit der ins Weiße Haus kommenden demokratischen Partei besser fahren? Deren Wahlerfolg hätte nicht so durchschlagend sein können, hätten sich ihr nicht starke Haufen des arbeitenden Volkes zugewandt. Diese Tatsache bestätigt zwar die tiefgehende Unzufriedenheit mit der republikanischen Mißwirtschaft, aber insonderheit auch einen erklecklichen Mangel an politischer Klarheit beim amerikanischen Proletariat. Die demokratische Partei unterscheidet sich von der republikanischen nur dem Namen nach. Und wenn behauptet werden sollte, daß jene noch reaktionärer, gegen die Arbeiterschaft noch verbissener sei als diese, so wird es seine Schwierigkeiten haben, das zu widerlegen. Um zu wissen, wessen Geistes die kommende Regierungspartei ist, braucht man sich nur ihre bisherigen Herrschaftsgebiete wie die Südstaaten und eine Anzahl Großstädte anzusehen. Gewiß hat sie in ihrem Wahlprogramm einige Sätze mit Arbeiterforderungen stehen. Aber daß sie, die „Reaktion en details", diese zum besseren Vollzug des Stimmenfanges aufgestellten Programmpunkte auch erfüllt, wenn sie mit ihrer unzählbaren Schar von Stellenjägern in Washington in Amt und Würden ist, wird nur ein unheilbarer Optimist zu behaupten wagen. In ihr werden sich sicherlich die proletarischen Wähler getäuscht sehen, nicht aber die Kapitalisten. Wüßten diese nicht ganz sicher, daß die demokratische Partei genau so ihren Interessen dienstbar ist, wie ihre Vorgängerin, sie hätten nicht die demokratische Wahlkasse so freigebig gespeist. Kapitalisten von der Schlauheit und Gerissenheit der amerikanischen stecken ihr Geld nicht in ein unrentables Geschäft. Die „konservativen Interessen" des Landes werden in der neuen Regierungspartei einen ebenso soliden Stützpunkt haben, wie in der alten. Und die nächsten vier Jahre werden den neuen Arbeiterwählern der demokratischen Partei Beweise in Fülle dafür bringen, daß sie ihre Stimme schlecht angewandt haben, ebensogut aber auch denen von der Arbeiterschaft, die ihre Stimme für die Partei Roosevelts abgaben.

Die Fortschrittspartei Roosevelts hat besser abgeschnitten, als nach Lage der Dinge angenommen werden durfte. Auch wenn die ihr zugesagten Erfolge noch durch die offizielle Stimmzählung reduziert werden sollten, müssen sie dennoch beträchtlich genannt werden. Es ist ihr in drei Monaten gelungen, was seit Jahrzehnten wiederholt, aber immer vergeblich versucht wurde, die „alte große Partei" zu sprengen. Der Rauhreiteroberst hat sich lange genug in der politischen Ober- und Unterwelt herumgetrieben, um die Schwächen und Mißstände der beiden alten Parteien zu kennen. In sein Programm nahm er radikale Forderungen, wie Arbeiterschutz, Verstaatlichung öffentlicher Dienste, Frauenstimmrecht und dergl. auf, Forderungen, die weiten Schichten des Volkes am Herzen liegen und die auch eine starke Gefolgschaft brachten. Die Fortschrittspartei hofft sicher auf den Sieg im Jahre 1916.

Eine Anzahl amerikanische Stimmen prophezeien jetzt schon Roosevelt als den auf Wilson folgenden Präsidenten. Diese Voraussagung hat manches für sich. Wenn nicht alle Erfahrung trügt, so wird die neue Regierungspartei der Hort der Reaktion und des Großkapitals werden. Was heute noch hinter Taft steht, wird sich ins demokratische Lager retten. Die in diesem stehenden Schichten des Mittelstandes, des Kleinbürgertums und der Arbeiterschaft werden im Laufe der nächsten Periode finden, daß sie getäuscht wurden und ihre politische Unklarheit wird sie dem zuführen, der am lautesten schreit und am meisten verspricht: Roosevelt. Freilich ist das nur eine Annahme, deren Realisierung noch von einer Anzahl Faktoren abhängt, die heute noch nicht zu übersehen sind. Nicht zum wenigsten wird sie von dem Fortschritt der sozialistischen Partei abhängen. Wie diese die gegenwärtige Wahl überstanden hat, läßt sich zur Stunde noch nicht sagen. Es ist bezeichnend für die Verhältnisse Amerikas, daß unsere Partei in den Wahlberichten nicht einmal erwähnt wird. Nach Lage der Dinge kann es noch Tage und Wochen dauern, bis wir das Gesamtresultat ihrer Stimmenzahl haben. Die kapitalistischen Agenturen berichten nur von den bürgerlichen Parteien, die sozialistische hält sie nicht der Anführung wert. Die Niederlage Bergers, des bisherigen sozialistischen Kongreßmitgliedes in Wiskonsin, soll durch andere Erfolge mehr als ausgeglichen sein.

Der Landtagswahlkampf in Württemberg.

Der Wahlkampf in Württemberg, der sich seinem Höhepunkt nähert, und bei dem es am 16. November zur ersten Entscheidung kommt, zeitigt recht interessante Erscheinungen. Die einzige Partei, die völlig selbständig in den Kampf eingetreten ist und die nach allen Seiten kräftig um sich haut, ist die Sozialdemokratie. Die ehemalige württembergische Demokratie, jetzt ein Bestandteil der Fortschrittlichen Volkspartei, hat bekanntlich mit ihrem früheren Todfeind, den Nationalliberalen, ein Wahlabkommen geschlossen, das das ganze Land mit Ausnahme von vier Bezirken umfaßt und bestimmt, daß in jedem Bezirk nur ein Kandidat gemeinsam von beiden Parteien aufgestellt wird. Auf der anderen Seite unterstützen sich die konservativen Bauernbündler und das Zentrum gegenseitig. In allen oberländischen Zentrumsdomänen verzichtet der Bauernbund auf eigene Kandidaten, und wenn im Unterland vereinzelt in bündlerischen Gebieten

Der Hochwald.

Erzählung von Adalbert Stifter.

(8. Fortsetzung.)

Johanna sah hinüber auf die Wand und es war ihr, als rührten sich die Felsen.

„Nun, sagte man nicht, daß sich jemand einmal hinein gewagt habe?" fragte Clarissa.

„Ei freilich," erwiderte der Jäger, „da erzählte mir meine eigne Großmutter, daß es wirklich wahr sei, daß nicht weit von dem Berge, wo die drei Sessel stehen, ein solcher See liege, und daß auch manchmal vor vielen hundert Jahren ein Mann, der auf dem Schestauer Hause zu Salnau wirtschaftete, aber viel Fluchens und arge Werke trieb, deswegen auch sein Gut nicht vor sich bringen konnte, am Karfreitage, als alle Christen vor dem Grabe des Herrn beteten, heraufgestiegen sei, und damit sie mehr Schätze tragen können, auch sein Söhnlein mitgenommen habe. — Wie sie nun eintraten, befiel das unschuldige Kind ein Grausen, daß es rief: „Vater, Vater, sieh die glühenden Kohlen, geh heraus!" — — Aber diesen hatte der böse Feind geblendet, daß er unter den Karfunkeln wählend und wühlend seiner Zeit nicht wahrnahm, bis der Knabe wie mit einem Windesruck an dem See stand und gerade sah, wie der Fels mit Schlagen und Krachen sich schloß und den unseligen Vater lebendig darinnen behielt. Den Knaben befiel Entsetzen, er lief, als ob alle Bäume hinter ihm her wären, bergab, und die heilige Jungfrau lenkte seine Schritte auch so, daß er sich glücklich nach Hause fand. Er wuchs heran, fastete jeden Karfreitag bis die Sterne am Himmel standen — war auch gesegnet in seinen Feldern und in seinem Stalle. Seitdem hat man nirgends gehört, daß einer in den Berg gedrungen."

Man sah schweigend auf die graue Wand hinüber und auch Clarissa war es jetzt, als rühre sie sich, und die grünen Tannen stehen als Wächter und flüstern miteinander.

Der Geier war noch immer in der Luft sichtbar, sanft kreisend und schwimmend, oder oft sekundenlang so unbeweglich stehend, als wäre er eine in diesem Dome aufgehängte geflügelte Ampel.

Gregor fuhr fort: „Ich war damals ein Bube und meine Großmutter wußte viel solche Geschichten. Da steht auch ein Berg drei Stunden von hier. — In der uralten Heidenzeit saßen auf ihm einmal drei Könige und bestimmten die Grenzen der drei Landen: Böheim, Bayern und Österreich — es waren drei Sessel in den Felsen gehauen und jeder saß in seinem eigenen Lande. Sie hatten vieles Gefolge und man ergötzte sich mit der Jagd, da geschah es, daß drei Männer zu dem See gerieten und im Mutwill versuchten, Fische zu fangen, und siehe, Forellen, rot um den Mund und gefleckt wie mit glühenden Funken, drängten sich an ihre Hände, daß sie deren eine Menge ans Land warfen. Wie es nun Zwielicht wurde, machten sie Feuer, taten die Fische in zwei Pfannen mit Wasser und stellten sie über. Und wie die Männer so herumlagen, und wie der Mond aufgegangen war und eine schöne Nacht entstand, so wurde das Wasser in den Pfannen heißer und heißer und brodelte und sott und die Fische wurden darinnen nicht tot, sondern lustiger und lustiger — und auf einmal entstand ein Sausen und ein Brausen in den Bäumen, daß sie meinten, der Wald falle zusammen, und der See rauschte, als wäre Wind auf ihm, und doch rührte sich kein Zweig und keine Welle und am Himmel stand keine Wolke und unter dem See ging es wie murmelnde Stimmen: es sind nicht alle zu Hause — zu Hause . . . Da kam den Männern die Furcht an und sie warfen alle Fische ins Wasser. Im Augenblicke war Stille und der Mond stand recht schön an dem Himmel. Sie aber blieben die ganze Nacht auf einem Stein sitzen und sprachen nichts, denn sie fürchteten sich sehr, und als es Tag geworden, gingen sie eilig von dannen und berichteten alles den Königen, die sofort abzogen und den Wald verwünschten, daß er eine Einöde bleibe auf ewige Zeiten."

Er schwieg und die Mädchen auch.

„Sehet, schöne Jungfrauen," fuhr er nach einer Weile fort, „dies alles rieselte mir damals gar sonderbar durch die Gebeine und mit Grauen und mit Begierde sah ich immer seitdem auf den blauen Wald hinauf, wie er geheimnisvoll und unabsehlich längs dem schönen lichten Himmel dahinzog. Ich nahm mir vor, sobald ich ein Mann sein würde, den schönen zauberhaften See und die Heidenwand aufzusuchen. Mein Vater und die Leute lachten mich aus und meinten, das sei eitel Fabel und Narrheit mit diesem Wasser; — aber seht, da ich den Wald nach und nach kennen lernte und einsah, wie wunderbar er sei, ohne daß die Menschen erst nötig hätten, ihre Fabeln hineinzuweben — und da mir viele klare Wässerlein auf meinen Wanderungen begegneten, alle von einem Punkte der Höhen herabfließend und deutlich mit kindlichem Rieseln und Schwätzen von ihrem Vater erzählend, — so stieg ich herauf und seht, an dem Platze, wo wir eben sitzen, kam ich heraus und fand mit eins das schöne liebliche Wasser."

„Und es hat Euch nicht geängstigt und gegraut?" fragte Johanna.

„Geängstet?" entgegnete der Alte, geängstet? — Gefreuet habe ich mich der schönen Stelle; denn ich wußte dazumal schon sehr gut, daß der Wald keine freulen Wunder wirke, wie es gehässige und gallige Menschen gern täten, hätten sie Allmacht, sondern lauter stille und unscheinbare, aber darum doch viel ungeheuere, als die Menschen begriffen, die ihm deshalb ihre ungeschlachten andichten. Er wirkt sie mit ein wenig Wasser und Erde und mit Luft und Sonnenschein. Sonst ist kein anderes da, noch je dagewesen, glaubt es mir nur. Auch auf dem Berge der drei Sessel war ich oben — nie saß ein König dort, so wenig als hier jemand gesucht hat. Wohl stehen die drei steinernen Stühle, aber nicht einfältig eben und geglättet, wie die hölzernen in Eurem Hause, sondern riesengroß und gefurcht und gekluftet; die leichten Finger des Regens haben daran gearbeitet und das weiche, aber unablässige Schreinerzeug der Luft und der Sonne haben sie gezimmert. — Ich saß darauf und schaute wohl stundenlang in die Länder der Menschen hinaus — und wie ich öfter hier und dort war, erkannte ich gar wohl, daß dies alles nur Gottes Werk sei und nicht der Menschen, zu denen sich nur die Sage davon verlor. Sie können nichts bewundern, als was sie selber gemacht haben, und nichts betrachten, als in der Meinung, es sei für sie gebildet. Hat Gott der Herr dem Menschen größere Gaben gegeben, so fordert er auch mehr von ihm — aber darum liebt er doch auch nicht minder dessen andere Geschwister, die Tiere und Gewächse; er hat ihnen Wohnungen gegeben, die dem Menschen versagt sind, die Höhen der Gebirge, die Größe der Wälder, das ungeheure Meer und die weiten Wüsten — dort, ob auch nie ein Auge hinkomme, hängt er ob ihnen seine Sterne auf, gibt ihnen die Pracht ihrer Gewänder, deckt ihren Tisch, schmückt sie mit allerlei Gaben und kommt und wandelt unter ihnen, gerade wie er es hier und unter den Menschen macht, die er auch liebt, obwohl sie ihm, wie es mir oft gedeucht hat, seine Tiere und Pflanzen mißbrauchen, weil sie im Hochmute sich die einzigen wähnen und in ihrer Einfalt nie hinausgehen in die Reiche und Wohnungen derselben, um ihre Sprache und Wesenheit zu lernen — — —"

Während er noch so redete, fuhr jenseits von der Wand des Heidenkönigs ein leichter Blitz auf und der Geier stürzte pfeilgerade in das Wasser — im Augenblick rollte auch der Schuß die klippige Wand entlang und murmelte von Wald zu Wald.

Die Mädchen sprangen erschrocken auf und Gregor schaute starren Auges hinüber, als wollte er die harte Wand durchbohren.

In der Totenstille der Wälder war die Lufterschütterung fast grauenhaft gewesen — — und wieder war es nun totenstill und reglos, wie vorher; selbst die Leiche des Geiers lag ruhig auf ein und derselben Stelle des Wassers. Es vergingen angstvolle Minuten der Erwartung; denn wer konnte das sein?!

Zentrumskandidaten auftauchen, so dienen diese lediglich der Stimmenzählung. Ein ernster Kampf zwischen den Blauen und den Schwarzen wird peinlich vermieden, und im zweiten Wahlgang werden sie sich überall einigen. Aber trotz dieser klaren Scheidung der Parteien in drei Heerlager bleibt keine bürgerliche Partei von inneren Friktionen verschont.

Die Konservativen haben alle Mühe, die nötigen Kandidaten aufzubringen. In verschiedenen Bezirken verschwanden die Erkorenen ebenso rasch wieder in der Versenkung, wie sie aufgetaucht waren, und gegenwärtig, acht Tage vor dem Wahltermin, treten noch Wechsel in den Kandidaturen ein. Der Reichstagsabgeordnete Vogt-Hall, der bisher den Bezirk Neckarsulm im Landtag vertrat, hat diesen Bezirk aus „Gesundheitsrücksichten" verlassen und versucht nun im Nachbarbezirk Weinsberg sein Glück. Die Gesundheitsrücksichten dieses skrupellosen Wahlmachers, der bei den letzten Wahlen auch die Sozialdemokratie anbettelte, beruhten auf der Besorgnis, daß er in seinem alten Bezirk durchfallen könnte.

Recht lustig gehts im Zentrum zu. In nicht weniger als drei Wahlbezirken stehen sich schwarze Doppelkandidaten gegenüber und in einer Anzahl weiterer Bezirke konnten solche nur mit vieler Mühe verhindert werden. Wie die Zentrumsleitung verschiedene der alten Abgeordneten auf die Seite schob, so wollte sie auch den bisherigen Vertreter des Oberamts Horb beseitigen. Dieser leistete aber energischen Widerstand. Die Zentrumsleitung stellte ihm darauf einen offiziellen Kandidaten gegenüber und arbeitet nun mit Hochdruck für diesen. Sie traut aber trotzdem dem Wetter nicht, sie kündigt darum an, daß der seitherige Zentrumsabgeordnete im Falle seiner Wahl nicht wieder in die Fraktion aufgenommen werde. Dieser Geächtete hat sich die Gunst der Parteihäupter dadurch verscherzt, daß er sich hie und da ohne die Erlaubnis Gröbers zum Wort meldete, was gegen den Schluß des Landtages dahin führte, daß die ganze Zentrumsfraktion unter Führung Gröbers während einer Rede dieses ihres Kollegen demonstrativ den Saal verließ und erst nach Schluß der Rede wieder eintrat.

Ueber „ein trauriges Schauspiel der Zerfahrenheit und Uneinigkeit" im Bezirk Laupheim klagt dann weiter das führende Zentrumsblatt des Landes. Hier sollte nach den Intensionen der Parteileitung das Mandat im Wege des Erbrechts vom Vater auf den Sohn übergehen. Es tauchten aber gleich zwei Konkurrenten auf, so daß es einige Zeit schien, als ob die Anhänger der „guate Sach" zwischen drei Vertretern des alleinseligmachenden Zentrums zu wählen haben würden. Einer derselben ließ sich schließlich erweichen und verschwand, die beiden anderen aber ringen weiter. Dem offiziellen Bewerber wird zwar durch die Parteipresse schwer zugesetzt, und auch Gröber wendet sich mit einer scharfen, öffentlichen Erklärung gegen ihn. Dieser „wilde" Kandidat mußte sich gegen den Vorwurf wehren, daß er mit Personen anderer Parteirichtung verkehre. An seiner Zentrumsgesinnung lasse er deshalb nicht zweifeln, erklärte er voller Entrüstung. Gröber mache seine Wahlreisen im Auto eines Israeliten und der Kaplan Storz, der ihn bestürme, zurückzutreten, habe schon Kruzifixe als Geschenke von Juden angenommen und die seien ihm gewiß ebenso katholisch wie die von Einsiedeln mitgebrachten. Dieser trutzköpfige Herr lehnt es stolz ab, „Kandidat von Kaplans Gnaden" zu sein.

Halb in Verzweiflung geriet schließlich das der Parteileitung dienende „Deutsche Volksblatt", als auch noch in dem tiefschwarzen Bezirk Neresheim auf Betreiben eines Pfarrers eine zweite Zentrumskandidatur aufgestellt wurde. Die „Geistlichkeit des Bezirks" wird durch das Zentrumsblatt mobil gemacht, um den von einem Geistlichen auf den Schild erhobenen unechten Kandidaten zur Strecke zu bringen!

Aehnliche Ueberraschungen erleben die liberalen Parteien, die mit Widerständen gegen das Wahlabkommen in ihren eigenen Reihen zu kämpfen haben. Im Bezirk Schorndorf kostete es wochenlang große Mühe, den Kandidatenandrang abzuwehren. Trotzdem tritt jetzt dem offiziellen liberalen Kandidaten ein „wilder" gegenüber. In Urach weigern sich die Nationalliberalen, das Wahlabkommen zu vollziehen und den volksparteilichen Kandidaten zu unterstützen. In Besigheim trat eine ganze Gruppe von Mitgliedern aus der Volkspartei aus, um einen Protestkandidaten gegen den ihnen aufgezwungenen nationalliberalen Bewerber, der dazu noch ein verkappter Konservativer ist, aufstellen zu können.

Bei diesem Wirrwarr in den bürgerlichen Parteien wird es den Gegnern einigermaßen erschwert, die Differenzen in der Sozialdemokratie agitatorisch auszuschlachten. Trotzdem bemühen sie sich mit allen Mitteln, den Streit in unserer Partei zu entfachen. Sie werden sich aber damit abfinden müssen, daß die Sozialdemokratie in allen 70 Bezirken des Landes geschlossen auftritt und alle Kräfte aufbietet, um eine Stärkung ihrer Landtagsvertretung zu erzielen.

Aus der Partei.

Kinderpflege. In Österreich wurde anläßlich des deutsch-österreichischen Parteitages ein „Kinderrat" gebildet, der sich dem Kinderschutz und der Kinderpflege widmen soll.

Preßprozeß. Zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilte das Schöffengericht Magdeburg den verantwortlichen Redakteur der dortigen „Volksstimme", Genosse Emil Müller. Der volkswirtschaftliche Beirat der Chemischen Fabrik Th. Goldschmidt in Essen, Dr. Sperling, fühlte sich durch einen Gerichtsbericht beleidigt und hatte Klage erhoben.

Ungarische Klassenjustiz. Das Budapester Schwurgericht verurteilte den verantwortlichen Redakteur des deutschen Parteiorgans „Volksstimme" wegen eines Aufrufs zur Maidemonstration zu einem Jahr Gefängnis und 1000 Kr. Geldstrafe. Die Erbitterung unter der Arbeiterschaft ist groß. Die „Volksstimme" hat noch elf, die „Nepszawa" noch 18 Prozesse.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Generalappell der deutschen Holzarbeiter. Der Holzarbeiterverband steht in den nächsten Wochen im Zeichen einer außerordentlichen allgemeinen Agitation, die bereits mit der Verbreitung eines Flugblattes in allen Verbandsbezirken eingeleitet worden ist. Die neueste „Holzarbeiterzeitung" repräsentiert sich in gediegener Aufmachung und beträchtlich erweitertem Umfange als besondere Agitationsnummer, und dementsprechend ist auch ihr Inhalt diesmal sorgsam der Situation angepaßt. Aufklärenden Artikeln über das eigene Programm und die Taktik der Arbeitgeberverbände folgen Mahnworte an die Frauen und die Jungmannschaft der Holzarbeiter. Außerdem bringt diese Nummer die Bekanntmachung von Hunderten im ganzen Reiche stattfindenden Agitationsversammlungen, während der Verbandsvorstand die Gelegenheit ergreift, um die Mitglieder mit kurzen, packenden Worten auf ihre Pflicht, unablässig für den Verband zu werben und die Versammlungen recht fleißig zu besuchen, wie folgt hinweist: „Generalappell der deutschen Holzarbeiter. Auf der ganzen Front rüsten die Unternehmerorganisationen zu einem Schlage gegen die Arbeiterverbände. Das zwingt die letzteren, ihr Rüstzeug auf dessen Widerstandsfähigkeit und die Organisation auf ihre Lückenlosigkeit zu prüfen. Zu diesem Zwecke finden in der zweiten Hälfte des November in allen Zahlstellen des Verbandes Holzarbeiterversammlungen statt mit der Tagesordnung: Die Kriegsvorbereitungen der Unternehmerverbände für das Kampfjahr 1913." Die Bemühungen der Verbandsleitung, gerade jetzt die gegenwärtige Zeit, die nicht nur an den Gesamtverband, sondern auch an jedes einzelne Mitglied hohe Anforderungen stellt, weil wiederum schwarze Kampfeswolken im Gewerbe sich zusammenziehen, zu einer recht intensiven Agitation auszunutzen, sollten von allen Verbandsmitgliedern verständnisvoll und nachhaltig unterstützt werden. Darum wollen auch wir nicht verfehlen, an dieser Stelle die Holzarbeiter an ihre Aufgaben zu mahnen.

Lohnkämpfe im Holzgewerbe. Trotz der bevorstehenden großen Tarifbewegung im Holzgewerbe werden die Kleinkämpfe in unverminderter Maße weitergeführt. So haben die Vergolder wieder an mehreren Orten recht hübsche Erfolge zu verzeichnen. Es sei hiervon nur Berlin erwähnt, weil hier die Unternehmer dieser Branche dem Arbeitgeberschutzverband für das Deutsche Holzgewerbe angehören und gerade auf dessen Geheiß sich der Forderung auf Einführung der 50stündigen Arbeitswoche bis zum Aeußersten widersetzen mußten. Es hat ihnen aber nicht viel genutzt, und der Arbeitgeberschutzverband hat ebenfalls einsehen müssen, daß in Berlin eine 50stündige Arbeitswoche am Platze ist. Der abgeschlossene Vertrag erfüllt diese Forderung der Arbeiter sowie eine ganze Reihe anderer. — Auf der Schiffswerft „Oderwerke" in Stettin haben die Modelltischler mehrere Wochen gestreikt, ohne daß der Verband der Seeschiffswerften, wie er das sonst stets zu tun pflegte, die allgemeine Aussperrung angedroht hätte. Die Aussperrungstaktik der Scharfmacher hat eben glänzend Fiasko gemacht. Die Modelltischler konnten daher in diesem Falle mit voller Kraft für ihre Forderungen eintreten und erreichten nach fünfzehntägiger Streikdauer, daß der Einstellungslohn von 34 auf 42 Pfg. erhöht wurde. — In der Stuhlfabrik in Striegau stehen 91 Arbeiter und 15 Arbeiterinnen im Streik, weil die Firma trotz der allerelendesten Löhne, die in dem Betrieb üblich sind, jegliches Entgegenkommen verweigerte. Wie jetzt mitgeteilt wird, hat der katholische Arbeitersekretär, ein Vertreter der Berliner Richtung, die Anwerbung von Streikbrechern für die bedrängte Firma in die Hand genommen. Für was sonst wären denn auch die „Berliner" da?

Beendeter Textilarbeiterstreik. Der Streik der Spinner und Weber der Schwarzbacher Buntweberei und Spinnerei ist nach vierwöchentlicher Dauer beendet worden. Unter dem Vorsitz des Bezirksamtmannes von Hof fanden Verhandlungen statt, die den Arbeitern eine Lohnerhöhung bis zu 8 Prozent brachten. Von besonderer Wichtigkeit ist, daß zum erstenmal in Oberfranken ein Tarif zur Durchführung gebracht worden ist, der den Arbeitern ermöglicht, den Arbeitslohn bei Beginn der Arbeit berechnen und festsetzen zu können. Bisher war dies nicht der Fall; die Unternehmer zahlten nach Willkür.

Zur wirtschaftlichen Lage der Berufsfeuerwehrleute. Strenge militärische Disziplin herrscht bei den Berufsfeuerwehren. Der Berliner Feuerwehrkonflikt hat dies ja zur Genüge gezeigt. Tanzen die uniformierten Proletarier nicht nach der Pfeife ihrer Vorgesetzten, so droht ihnen die Entlassung. Vielfach sind sie schlechter daran, als gewöhnliche Arbeiter. Trotzdem finden wir nur vereinzelt eine nachdrückliche Interessenvertretung der Berufsfeuerwehrleute. Ihre Organisation ist stark zersplittert. Die Mehrzahl ihrer Vereinigungen stellen sich auf den Boden nationaler Berufsvereinigungen, wirklich durchgreifende Maßnahmen zur Verbesserung der Lage ihrer Mitglieder wagen sie nicht zu propagieren. Das haben speziell die Delegiertenversammlungen des Verbandes deutscher Berufsfeuerwehrleute bewiesen. Obwohl die Dienstbereitschaft der Berufsfeuerwehr außerordentlich ausgedehnt ist, zumeist 48, ja sogar 72 Stunden beträgt, seltener nur 24 oder 36 Stunden, wird von den Wehrmännern nur wenig unternommen, um hier Aenderungen herbeizuführen. Blasse Furcht bemächtigt sich ihrer, wenn sie einmal ihren Vorgesetzten gegenüber ihre Interessen vertreten sollen. Demgegenüber ist es nur zu begrüßen, wenn die kleine Schar der im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisierten Berufsfeuerwehrleute sich in einer Eingabe an den Bundesrat mit dem Ausbau des Dienstunfall-Fürsorge-Gesetzes beschäftigt und dazu folgende Anträge gestellt hat:

„Die ununterbrochene Dauer des Wachdienstes für Berufsfeuerwehrleute darf nicht länger als 24 Stunden währen. Dem Wachdienst hat eine 24stündige wachefreie Pause zu folgen. In der wachefreien Pause können die Berufsfeuerwehrmänner zum Arbeits- und Sicherheitswachdienst herangezogen werden, jedoch darf diese Beschäftigung nicht länger als 5 Stunden dauern. Wird ein Wehrmann während der Nachtzeit zu einer Sicherheitswache von mehr als vierstündiger Dauer herangezogen, so ist er in der zwischen zwei 24stündigen Wachdiensten liegenden 24stündigen wachfreien Zeit von jedem weiteren Arbeitsdienst zu befreien. Nach einer weiteren 24stündigen Wache, also an jedem vierten Tag, ist den Berufsfeuerwehrmännern vollständig dienstfrei zu geben. Ausnahmen hiervon sind nur zulässig für Hilfeleistungen bei Feuers-, Wassers- oder sonstigen Gefahren und in dringenden Fällen für Sicherheitswachdienst. Zu Arbeiten, die einen Aufschub vertragen, dürfen sie an diesem Tage unter keinen Umständen herangezogen werden. — Bei der Pensionsberechnung sind die für die Beamten der gleichen Stadt geltenden Bestimmungen in der Weise anzuwenden, daß für das Personal der Berufsfeuerwehr die zurückgelegten Dienstjahre mindestens 1½fach gezählt werden."

In der Begründung wird auf die jetzige lange Dauer des Wachdienstes und der damit verbundenen Schädigung der Gesundheit des Wehrmannes verwiesen. Wenngleich von den meisten Verwaltungen versucht wird, die für den Wachdienst notwendigen Einrichtungen in hygienischer Beziehung möglichst einwandfrei zu gestalten, so mangelt es doch an so manchem. Die fehlende Nachtruhe beeinträchtigt eben die Gesundheit der Wehrmänner außerordentlich. Auf Wache müssen sie in den Kleidern schlafen, im Interesse der so notwendigen schnellen Dienstbereitschaft. Selbst in den bestventilliertesten Schlafsälen, in denen 20 und mehr Mann mit ihren oft feuchten und mit Brandgeruch behafteten Kleidern ruhen, bildet sich eine unerträgliche Atmosphäre, wodurch der Schlaf weder gesund noch erquickend wirkt. Fortwährende Dienstbereitschaft, wechselseitiger Postendienst, öfterer Alarm, die Einflüsse der Witterung, Einatmung giftiger Gase und Rauch und ähnliches müssen ja dem kräftigsten Körper die erforderliche Spannkraft und Elastizität nehmen. Unfälle in größerem Umfange bleiben daher nicht aus. Als sicherstes

---

„Seht Ihr etwas?" flüsterte Johanna mit zitternder Stimme.

„Nein," antwortete der Jäger. — „der Strauch kam dort von den Stämmen, die von der Stewand gebrochen sind und am Ufer liegen, aber ich sehe niemand."

„Laßt uns eilig überfahren," meinte Clarissa, „das Haus dort sieht ganz leer — auch nicht eine Seele ist darinnen."

„Mit nichten, Kind," sagte der Jäger; „wenn Gefahr ist, wären wir eine schlechte Besatzung des Hauses. Geht in Euer Flozhäuschen, ich werde das Fahrzeug ein Stück in den See hinausfahren und dort bleiben wir stehen. Niedergelegt längs dem Baume der Schußwehre will ich hinübersehen und da wollen wir abwarten, wie er es beginnen wird, das Tier aus dem Wasser zu holen."

Aber sie warteten vergeblich. Minute an Minute verging. Ruhig, mit verschobenem Gewand und geflecktem Federschmuck lag der Geier auf dem Wasser — der Rauch des Schusses hatte sich längst verzogen und im lieblichen Nachmittagslicht glänzend schaute ihr verlassenes Wohnhaus herüber. Kein Laut regte sich, und wie die Augen auch angestrengt an dem Blockensteiner Vorsprung haften, — nichts war dort ersichtlich, als das Gewirr der bleichen herabgestürzten Bäume, wie ihre Aeste lange weiße Scheine in den dunklen Wasserspiegel sandten.

Gregor begann nach und nach die Hand nach dem Ruder zu heben, um dem Vogel langsam näher zu fahren.

„Etwa sind die Knechte schon zurück," meinte Clarissa.

„Das war kein Knall aus einer von unseren Büchsen," sagte Gregor.

In dem Augenblick wurden die zwei Mägde auf dem hölzernen Söller des Hauses sichtbar, die in dem Gestüppe der Wand und an den Ufern der Gerölle Brombeeren gesucht hatten. Sie hielten wahrscheinlich den Schuß für Gregors und winkten häufig auf eine Stelle, vielleicht weil sie meinten, man sehe vom Schiffe aus den Vogel nicht.

Mittlerweile blieb der See und Wald ruhig, wie sie es den ganzen Tag waren. Die Sonne, eine weißglühende Lichtkugel, lag schon am Rande der Felsenwand; breite Schatten rückten über Haus und Rasenplatz auf den See heraus, dieser war glatt und schwarz, nur auf dem Schiffe lag das milde Nachmittagslicht, ebenso war der tote Vogel wie ein weißer Punkt beleuchtet und im grünlichten Schimmer floß es um das Gehege der Fichten. Indes war man, dem Tiere näher rückend, auch bereits dem sumpfigen Ufer, wo das Gewirr der Baumstämme lag, so nahe gekommen, daß man jeden kleinsten Zweig wahrnehmen konnte, ja in der Stille der Luft und des Wassers hörte man es sogar deutlich, wenn ein Frosch, der sich sonnte, von einem Stamm in das Wasser sprang und die leichten Wellenringe fast bis auf das Floß auseinandertrieb. Aber nicht das geringste Anzeichen eines Menschen wurde sichtbar, so daß der Glaube immer mehr Wahrscheinlichkeit gewann, es sei nur irgend ein Schütze durch Zufall so tief in den Wald geraten und an den See verschlagen worden, habe sein gutes Auge an dem Federtier versucht und habe dann, da er das Fahrzeug und das Haus erblickte, aus Aberglauben die Flucht ergriffen, namentlich, da er mußte gesehen haben, wie sich das Schiff bewegte, ohne daß er Menschen darauf wahrgenommen. Endlich mit einigen langsamen Ruderschlägen war man dem Tiere so nahe gekommen, daß es Gregor mit der Hakenstange des Floßes herbeifischen konnte. Es war ein sonderbarer Anblick, wie die langen triefenden Schwingen hinabhingen, wie die nassen klebenden Federn den sehnigen Körperbau bloßlegten und die Wunde zeigten, die mitten in die Brust ging. Gregor untersuchte sogleich dieselbe und zog mit einem Werkzeug seiner Weidtasche eine sehr kleine Kugel daraus hervor. — Johanna fuhr vor Schreck zusammen, — und auch Clarissa sah gespannten Auges und klopfenden Herzens auf das Angesicht des Jägers — dieser aber nicht eine Miene verziehend, steckte die Kugel gelassen zu anderen in seinen ledernen Beutel — ja er stand sogar seiner Länge nach auf dem Floß auf und fuhr unbefangen dem Landungsplatze am Hause zu, wo man abends anlangte.

Als sie ausgestiegen waren, fragte Clarissa geradeswegs, was er von der Sache halte?

„Freilich kenne ich den Schützen," sagte er; „es sind allerlei Toren auf der Welt — und er mag ein großer unter ihnen sein — von ihm ist euch keine Gefahr — ich irre mich nicht, ich kenne die Kugel — aber es ist grundlos töricht, warum er hier sein mag — — die Sonne scheint auf Eitelkeit und Torheit. — Ich habe viele Tage gesehen, und so ist der Mensch: er sucht den Schimmer und will das Irrlicht greifen — —"

„O Gott! Ihr wißt mehr, als Ihr uns sagen wollt," rief Johanna angstvoll.

„Ich habe Euch gesagt, Jungfrau, daß Ihr mögt ohne Sorgen sein — ja ich kenne vielleicht den Mann, obwohl mir seine Anwesenheit unbegreiflich ist — er begeht lauter Dinge, die ohne Ziel und Zweck sind und strebt nach Unerreichbarem. Er hat manchmal wollen den Sonnenschein auf seinen Hut stecken und die Abendröte umarmen; — es regnet viele Tropfen, ehe man Einsicht gewinnt und Jahre vergehen, ehe man weise wird. Dringt nicht, Kinder, ihr habt keine Gefahr — und wenn ich etwas wüßte und Euch verbergen wollte, so würden meine Zähne verschlossener sein, als die Steintore des Heidenschatzes, die kein eiserner Balken aufzuzwingen vermag. Schlafet ruhig; — jedes Haar meines Scheitels ist ein Wächter für euch — ich liebe euch, ihr seid gut und unschuldig und fast so schön als Martha." — — —

Ein erkennbares Zucken spielte bei dieser Erinnerung um seinen alten harten Mund, aber sogleich fuhr er fort: „Ich liebe euern Vater und werde in Zukunft das Plätzchen hier noch mehr lieben, als früher, wenn ich wieder einmal heraufkomme, das Haus längst nicht mehr steht, der Krieg seine Endschaft erreicht und euer Schloß euch wieder aufgenommen hat. Seid sorgenlos, meine lieben Töchter, und schlafet süß, wie vor vielen Jahren in euerm Kinderbettlein."

Die Mädchen sahen gerührt und ängstlich auf ihn, wie sie mit verschlungenen Armen vor ihm standen, und es mochte ihnen fast unheimlich dünken, daß er, an der äußersten Grenze menschlichen Hochalters stehend, dennoch von Plänen und Zeiten rede, die weit in die Jahre hinauslagen. Johanna suchte vergeblich ihre aufsteigenden Furchtgedanken zu dämpfen, die sie sich nicht zu sagen getraute.

„Seht, da geht der blutrote Vollmond auf," begann er wieder, „seht nur hin auf das düstere holde Licht, wie es am Waldesrand erglimmt und fast schon sichtbar die langen Schatten über den See streichen — ich hab' es hundert und hundertmal gesehen; — aber immer gefällt es mir — ich habe so stets meine eigenen Gedanken gehabt über das Mondlicht — es ist ein wundervolles Licht."

„Ein schmerzlich schönes Licht," sagte Clarissa.

„Und nirgends seht ihr es so schön, als im Walde," fuhr Gregor fort; „manche Nacht habe ich es schlummern gesehen über den Forsten, wenn ich auf den Höhen gegangen bin — da glänzte alles und flimmerte und glitzerte so ruhevoll — daß ich so manche Gedanken hatte über diese Einrichtung, daß nachts an dem Himmel diese glänzenden Scheiben hingehen — aber zum Nutzen ist es sichtbarlich; denn seht, wenn er so oben steht, mitten über den Wäldern und weit und breit sein Licht niederrieselt in die Zweige — wie sie da so froh sind im Nachtlicht und Blätter und Nadeln auseinanderlegen, wie man eine Hand aufmacht — — — geht schlafen, Kinder, geht schlafen — es droht euch gar keine Gefahr; ich muß hier die Knechte erwarten, daß ich ihnen das Floß hinüberrudere, wenn sie das Zeichen geben. Und ihr," sagte er zu den dastehenden Mägden, „nehmt das Federtier hinein und trocknet es sorglich, vielleicht, daß die Schönheit des Gefieders wieder herzustellen ist."

„Gute Nacht, Vater," sagte Clarissa.

„Gute Nacht, Tochter," erwiderte der Greis.

(Fortsetzung folgt.)

und wirksamstes Mittel zur Abstellung dieser Uebelstände wird deshalb die Kürzung des Wachdienstes und die Verlängerung der wachfreien Zeit angesehen. Soll aber hier nachhaltige Verbesserung zur Geltung gelangen, so werden die Berufsfeuerwehrleute wohl noch mehr wie bisher sich in einer wirklichen Organisation zusammenscharen müssen. Im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter werden ihre Interessen nach jeder Richtung hin gewahrt. Mögen sie sich dessen bewußt werden.

Die drohende Massenaussperrung in Dänemark.

Am Mittwoch hat der erweiterte Vorstand des Arbeitgeberverbandes in Dänemark, nachdem man sich vorher der Unterstützung der schwedischen Unternehmerorganisationen versichert hatte, die zweite und letzte Ankündigung der vorzunehmenden Massenaussperrung von zirka 45 000 Arbeitern dem Gesamtverbande der Gewerkschaften mitgeteilt. Danach soll die Aussperrung am 15. November beginnen und sich über alle in der Metallbranche beschäftigten Arbeiter, soweit sie organisiert sind, und über alle dem „Arbejdsmandsforbund" angehörigen Arbeiter erstrecken. Erregte bereits die erste Ankündigung der Aussperrung vor etwa 14 Tagen allgemeines Mißfallen, so hat jetzt diese letzte Drohung einen Sturm der Entrüstung im ganzen Lande entfacht. Die Leitung des Arbeitgeberverbandes steht fast völlig isoliert, auch die meisten ihr bisher dienstwillig ergebenen konservativen Blätter nehmen Abstand von diesem Schritt und raten den Arbeitgebern zur Vernunft. Diese jedoch, die sich vor wenigen Tagen in einer in Stockholm stattgehabten skandinavischen Unternehmerzusammenkunft anscheinend Mut geholt haben zu diesem folgenschweren Schritt, hören auf die wohlgemeinten Ratschläge der ihr nahe stehenden Presse nicht, sie wollen den Kampf.

Was ist nun der Grund der Kampfeswut der Unternehmer? In Wirklichkeit kein anderer, als daß man sich, wie gesagt, in Stockholm geeinigt hat zu einem gemeinschaftlichen Kampf gegen die Arbeiterorganisationen. Und da in den beiden anderen skandinavischen Ländern gegenwärtig so ziemlich Ruhe herrscht, werden die dänischen Unternehmer vorgeschickt, den Kampf zu beginnen; denn hier bestehen zwei kleine, unbedeutende Streiks, die im ganzen 120 Arbeiter umfassen, und die hat man denn zum Vorwand genommen, der Arbeiterschaft den Krieg zu erklären. Zur Beleuchtung der ganzen Situation hat der Gesamtverband der dänischen Gewerkschaften in der Parteipresse einen Bericht gegeben über die beiden gegenwärtig geführten Streiks der Elektropletarbeiter (50 Mann) und der Arbeiter der Schwefelsäurefabrik in Kastrup (70 Mann). Dieser letztere Streik währt nun schon drei Monate, und die Arbeiter führen einen erbitterten Kampf, um von der Direktion aufoktroierte Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis abzuwehren. In den letzten fünf Jahren arbeitete man in dieser Fabrik unter einem 1907 abgeschlossenen Tarif, welcher im vergangenen Sommer ablief. Die Arbeiter verlangten natürlich den Abschluß eines neuen Tarifs unter Erhöhung der bisher geltenden Lohnsätze. Die Direktion ging insofern auf diese Forderungen ein, als sie dabei jedoch verlangte, daß die bisher bestehenden täglichen drei Schichten in zwei umgewandelt werden sollten. Also nicht mehr und nicht weniger, als daß die Arbeitszeit um täglich vier Stunden verlängert werden sollte. Das lehnten natürlich die Arbeiter ab, und man verhandelte dann um einen provisorischen Tarif für die Dauer von einem Jahre mit der bisherigen Arbeitszeit von acht Stunden als Grundlage. Darauf ging die Direktion nur ein, wenn die Arbeiter in eine Lohnreduktion willigten, weiter behielt sie sich vor, nach Ablauf des Provisoriums zweimaligen Schichtwechsel täglich, also zwölfstündige Arbeitszeit, einzuführen. Diese Haltung der Direktion führte zum Streik der Arbeiter, der nun bereits mehr als drei Monate dauert und von der Sympathie aller rechtlich Denkenden hier im Lande begleitet wird. Umsomehr, als die Arbeit in dieser Fabrik eine äußerst ungesunde und das Unternehmen der rentabelste Betrieb in ganz Dänemark ist. Hat er doch im letzten Jahre 40 Prozent Dividende abgeworfen. Das Charakteristische bei diesem Kampfe ist, daß die Leiter der Schwefelsäurefabrik angesehene Mitglieder der radikalen Partei sind und teilweise in deren Hauptvorstand sitzen. Von den aus den Arbeitern herausgeschundenen Tausenden wird ein Teil der radikalen Provinzpresse unterhalten, die denn auch die einzigen Blätter sind, die bei diesem Streik auf seiten der Unternehmer stehen. Weil nun diese 70 Arbeiter Mitglieder des „Arbejdsmandsforbunds" sind, sollen alle 30 000 Mitglieder dieses Verbandes ausgesperrt werden.

Der staatliche Vermittler für Arbeitsstreitigkeiten hat schon verschiedene Male eingegriffen, jedoch stets ohne Erfolg. Am 24. August legte er einen Vermittlungsvorschlag vor, den die Arbeiter akzeptierten, die Unternehmer aber ablehnten. Uebrigens hat der Direktor der Fabrik erklärt, daß seinetwegen der Streik noch ruhig ein Jahr dauern könnte; es ist also nicht dieser Streik, der die Grundlage zu der Massenaussperrung abgeben kann.

Der Streik der 50 Elektropletarbeiter dauert ebenfalls nun schon einige Monate. Hier behaupten die Unternehmer, daß mit Rücksicht auf die Arbeitgeber in der Eisen- und Metallindustrie, zu deren Verband die Elektropletfabrikanten gehören, die Forderungen der Streikenden nicht bewilligt werden könnten. Mit den Schmieden habe man einen Tarif mit einem Lohn von 37 Oere pro Stunde vereinbart, aus diesem Grunde könne der Minimallohn der Elektropletarbeiter nicht höher als 44 Oere sein. Nun haben die Schmiede Lokaltarife, und haben sich völlige Aktionsfreiheit im Punkte Lohnfragen gewahrt, und wenn das Lohnminimum an dem einen Ort 37 Oere ist, kann es an einem anderen Orte gut 50 Oere sein. Für die Elektropletarbeiter aber steht ein Landestarif in Frage und das Minimum soll deshalb überall dasselbe sein. In Kopenhagen, dem Sitz der Elektropletindustrie, verdienen die Schmiede 55 bis 65 Oere pro Stunde, also ist bei Lösung der bestehenden Streikfrage in der Elektropletindustrie eine Rücksichtnahme auf die Lohnverhältnisse im Schmiedegewerbe nur ein vorgeschobener Vorwand zur Aussperrung von zirka 15 000 Metallarbeitern.

Auch einige Differenzen in anderen Berufen, die noch gar nicht zum Ausbruch gekommen sind, hat der Arbeitgeberverband zum Grunde seines Vorgehens angegeben. Die Haltung des Arbeitgeberverbandes ist so durchsichtig, seine angegebenen Gründe zur Vornahme der Aussperrung so fadenscheinig, daß es alle Welt merkt, wo die Herren hinauswollen. Nicht die bestehenden kleinen Konflikte sind der Grund zu der Aussperrung, sondern das Machtgefühl, das sie haben, treibt sie zu diesem Schritte. Dabei ist gerade die Eisenindustrie, besonders die Schiffswerften, überbeschäftigt, und diese wird durch die Aussperrung unendlichen Schaden erleiden. Und ob nun bei Beginn des Winters Hunderttausende Not leiden, frieren müssen, auch das kümmert die herrschsüchtigen Leiter im Arbeitgeberverband nicht. Der Haß gegen die Organisationen der Arbeiter und deren Vernichtung ist ihr einziges Leitmotiv. Aber sie werden auch diesmal, wie schon früher so oft, eines andern belehrt werden. Die paar Kraftkerle im Arbeitgeberverband werden die dänischen Arbeiterorganisationen nicht bezwingen.

Soziales.

Wahlen zur Angestelltenversicherung. In Magdeburg wurden für die Liste der Freien Vereinigung 930 Stimmen abgegeben. Die verbundenen Listen des Hauptausschusses brachten es auf 2718 Stimmen, während drei weitere, ebenfalls verbundene Listen 1661 Stimmen erhielten. Auf die Freie Vereinigung entfällt danach ein Vertrauensmann und ein Ersatzmann, auf die Listen des Hauptausschusses drei Vertrauensmänner und fünf Ersatzleute, auf die dritte Liste ein Vertrauensmann und vier Ersatzleute. — Vom Kreise Niederbarnim liegt das Resultat vor, daß von 3180 abgegebenen Stimmen die Freie Vereinigung und die mit ihr verbundene Liste des Vereins Deutscher Kaufleute 1633 Stimmen, also 52 % der abgegebenen Stimmen erhielt; sie erhält 2 Vertrauensleute und 3 Ersatzleute. — Ein von einem kleinen Orte, Wilhelmshagen, eingelegter Protest wurde für nichtig erklärt.

Kommunales.

Ein heißer Stadtverordnetenwahlkampf spielte sich von Dienstag bis Donnerstag in Mühlheim a. Rh. ab. Unsere Genossen kämpften gegen das mit den „Liberalen" verbündete Zentrum. Außerdem war den Arbeitern die Wahl erschwert durch fälschliche Auslegung der Städteordnung, wodurch einige hundert Wähler gestrichen wurden, und am letzten Wahltage war der Schluß des Wahlgeschäfts auf mittags 12 Uhr angesetzt. Die Folge war, daß die Blockkandidaten am Donnerstag mittag mit 3600 Stimmen über die sozialdemokratischen Kandidaten, die 3200 Stimmen erhielten, siegen konnten, während am Schlusse des zweiten Wahltages die Stimmen sich — trotz der ungesetzlichen Streichungen — gleich standen!

Der Stuttgarter Staatsanwalt im Kampfe gegen die Teuerung.

Das Geheul der bürgerlichen Presse über die am Sonntag, dem 15. September ds. Js. in Stuttgart stattgefundene Straßendemonstration gegen die Teuerung gab der Staatsanwaltschaft Veranlassung, gegen die Genossen Crispien, Eggert und Westmeyer Anklage zu erheben wegen Vergehen gegen das Vereinsgesetz. Am Freitag kam die Sache vor dem Stuttgarter Schöffengericht zur Verhandlung und endete nach zirka achtstündiger Dauer mit der Freisprechung Eggerts, während Crispien zu 150 Mark, Westmeyer zu 250 Mk. Strafe verurteilt wurden.

Es waren 21 Zeugen geladen, darunter Polizeidirektor Dr. Bittinger, eine Anzahl Schutzleute und Partei- und Gewerkschaftsangestellte. Bekanntlich war die Demonstration die Folge des Verbots einer auf dem Gewerbehalleplatz geplanten großen Versammlung. An Stelle dieser Versammlung wurden am Sonntag vormittag 23 Versammlungen in geschlossenen Räumen abgehalten und von allen Versammlungen aus zogen die Teilnehmer in losen Gruppen zuerst auf den Schloßplatz, von da am Ministerium des Innern vorbei auf den Marktplatz und schließlich auf den Marienplatz. An diesen drei Stellen wurden von den Angeklagten Ansprachen gehalten. Das Verhalten der Demonstranten war nach dem gerichtlichen Zeugnis des Polizeidirektors, der auf dem Schloßplatz dazu kam, als Crispien redete und mit diesem eine Unterredung hatte, musterhaft. Die Zahl der Teilnehmer schätzt Dr. Bittinger auf 10—12 000. Ein einziger Betrunkener habe sich ihm genähert, sei aber von 5—6 Beteiligten zurückgehalten worden. Eine Sachbeschädigung oder Ruhestörung ist, wie Dr. Bittinger auf Anfrage des Verteidigers Dr. Schweitzer erklärte, nicht vorgekommen, aber eine „Verkehrsstörung" sei eingetreten, die Straßenbahnwagen hätten 2—3 Minuten anhalten müssen (!) und von der Masse sei ein Lied (die Marseillaise) gesungen worden! Bei dieser vom Polizeidirektor selbst gegebenen Darstellung wurde das Gewicht der Anklage immer kleiner und kleiner und schließlich schrumpfte die ganze Staatsaktion zusammen auf das furchtbare Verbrechen, eine nicht genehmigte Versammlung unter freiem Himmel und einen Aufzug veranstaltet und geleitet zu haben. Da es nun dem Staatsanwalt in der Voruntersuchung trotz aller Bemühungen nicht gelungen war, Genaueres über die Vorbereitung der ganzen Demonstration zu erfahren, sollten die Angeklagten und eine Anzahl als Zeugen geladene Gewerkschaftsbeamte in der Hauptverhandlung darüber Aufschluß geben. Aber auch das gelang nicht, denn die Angeklagten lehnten es ab, darüber irgend welche Auskunft zu geben, da sie es nicht als ihre Aufgabe ansahen, dem Staatsanwalt weitere Angeklagte zu liefern. Auch die parteigenössischen Zeugen verweigerten die Aussage mit der Begründung, daß sie sich durch Beantwortung der gestellten Fragen selbst strafbar machen könnten. Arbeitersekretär Fette verweigerte das Zeugnis trotz wiederholter Befragung auch darüber, was er über eine Versammlung gehört habe, die sich mit der geplanten Demonstration befaßte, an der er aber nicht teilnahm. Gewerkschaftsbeamter Ruff lehnte es beharrlich ab, Mitteilung zu machen über Äußerungen, die der Angeklagte Eggert zu ihm getan habe wegen der Straßendemonstration. Die Genossen Ruff und Fette wurden darauf wegen unberechtigter Verweigerung des Zeugnisses zu je hundert Mark Geldstrafe verurteilt. Genosse Crispien gab ohne Einschränkung zu, daß beschlossen worden war, nach Schluß der Versammlungen in losen Gruppen auf den Schloßplatz zu ziehen, aber die Neugierde des Staatsanwalts, wer das beschlossen hatte, konnte nicht befriedigt werden. Ferner wurde eingeräumt, daß aus der Mitte der Versammlungen Aufforderungen ergingen, auf den Schloßplatz zu marschieren, aber die Namen der Versammlungsteilnehmer, die diese Aufforderungen erließen, konnten dem Staatsanwalt beim besten Willen nicht genannt werden. Der Staatsanwalt wollte deshalb den Angeklagten den Mut absprechen, für ihre Taten einzustehen, wogegen die angeklagten Genossen jedoch entschieden Einspruch erhoben mit der Erklärung, es sei Sache des Staatsanwalts, sich seine Angeklagten selbst zu suchen. Als Genosse Eggert mit scharfer Betonung erklärte, er könne den Vorwurf, daß die Angeklagten feige zu kneifen versuchten, nicht in der gebührenden Form zurückweisen, weil er sich bei der Stellung des Staatsanwalts gewisse Beschränkungen auferlegen müsse, sprang der Staatsanwalt erregt auf und erklärte, den Vorwurf in dieser Form nicht erhoben zu haben. Die Verteidigungsrede Dr. Schweitzers schlug dem Staatsanwalt die Waffen kräftig aus der Hand. Eine Beunruhigung des Wirtschaftslebens werde nicht durch derartige Demonstrationen, sondern durch die nördlich der Mainlinie beheimateten Nutznießer der heutigen Wirtschaftspolitik herbeigeführt, und der Protest gegen diese Politik sei kein Vergehen, sondern ein Verdienst. Eine Versammlung im Sinne des Gesetzes, in der eine voraus festgesetzte Frage beraten werden sollte, habe nicht stattgefunden. Sonst müßte auch die alljährlich von den Tübinger Studenten in der Nacht zum ersten Mai auf dem Markt veranstaltete Versammlung mit dem Gesang: „Der Mai ist gekommen" als solche betrachtet werden. Und wie stehe es mit dem unangemeldeten Demonstrationszuge in der Wahlnacht 1907 vors kaiserliche Schloß? Damals habe in Preußen ein noch viel schärferes Vereinsrecht gegolten, als heute im Reich.

Gegenüber dem Antrage des Staatsanwalts, der je fünf Wochen Haft für Crispien und Westmeyer, vier Wochen für Eggert vorsah, beantragte der Verteidiger Freisprechung. Das Gericht kam in der Begründung des oben mitgeteilten Urteils zu dem Ergebnis, daß Eggert keine Handlung nachgewiesen sei, die als „Leitung" bewertet werden könne; bei Westmeyer aber sei als erwiesen angenommen, daß er an den Vorbereitungen und an der Leitung mitgewirkt habe. Crispien habe in seinem Gespräch mit dem Polizeidirektor die Verantwortung übernommen und sich damit als Leiter bekannt. Bei der Strafzumessung wurde berücksichtigt, daß die Ordnung eine tadellose war. Der Staatsanwalt hatte das Verdienst hierfür der Polizei zugesprochen. Er hat damit insoweit recht, als die Polizei keine Ruhestörungen provozierte und sich überhaupt korrekt benahm. Tut sie das immer bei solchen Gelegenheiten, so wird die Ordnung stets eine tadellose sein.

Aus dem Gerichtssaal.

Militärjustiz. Zu **6½ Jahren Zuchthaus** wurde von dem Kriegsgericht in Koblenz (16. Division) der Musketier F. vom Infanterieregiment Nr. 28 wegen Fahnenflucht (!) „im Komplott und im wiederholten Rückfalle" verurteilt. Ein zweiter Soldat, mit dem er gemeinsam über Frankreich nach Amerika zu den Goldgräbern (!) wollte, erhielt 1½ Jahre Gefängnis. — Das gleiche Kriegsgericht verurteilte einen Soldaten vom Infanterieregiment Nr. 161 wegen Majestätsbeleidigung und Ungehorsam zu **drei Jahren Gefängnis** (!). Auf Grund eines Obergutachtens des wissenschaftlichen Senats in Berlin hob jetzt das Oberkriegsgericht in Koblenz dieses Urteil auf, da bei Begehung der Tat eine krankhafte Störung der Geistestätigkeit vorlag.

Ein Lehrer wegen Sittlichkeitsverbrechens verurteilt. Die Strafkammer in Heiligenstadt (Eichsfeld) verurteilte den Lehrer Reichel aus Kessertshausen wegen Sittlichkeitsverbrechens, die er an Schulmädchen begangen hatte, zu zwei Jahren Zuchthaus.

Der Streikbrecher in Notwehr. Wie erinnerlich sein dürfte, wurde in der Nacht vom 14. zum 15. September d. J. in Burg bei Magdeburg der Schuhfabrikarbeiter Fritsche auf offener Straße durch den berufsmäßigen Streikbrecher Joseph Rupper erschossen. Am Freitag hatte sich Ruppert vor dem Schwurgericht Magdeburg wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit Todeserfolg zu verantworten. Bei der Firma A. G. Wolf standen seit Mai d. J. die Holzarbeiter im Streik. Der 25jährige Tischler Ruppert aus Karlsruhe, der schon früher durch Vermittlung eines Arbeitswilligenagenten in Altona, Hamburg, Dortmund und anderen Orten Streikbrecherdienste getan hatte, trat am 6. September bei der Firma Wolf als Arbeitswilliger ein und wurde in einer Baracke im Fabrikhof einquartiert. In der Nacht zum 15. September gegen 2 Uhr kam er aus einer Wirtschaft nach Hause und begehrte, da er keinen Schlüssel hatte, durch übermäßig lautes Klopfen Einlaß. In diesem Augenblick kam Fritsche mit noch drei Kameraden an dem Fabrikgrundstück vorbei. Einer von Fritsches Begleitern machte dabei zu dem Arbeitswilligen die Bemerkung: „Du kannst wohl nicht rein?" Das nahm dieser gewaltig krumm. Es gab noch eine kurze Rede und Gegenrede und dann feuerte der Streikbrecher zwei Schüsse aus einer Browningpistole ab, von denen einer den Gen. Fritsche in die Brust traf und nach wenigen Minuten seinen Tod herbeiführte. Über die Einzelheiten, wie sich der Vorfall abspielte, gingen die Schilderungen der Beteiligten auseinander. Der Streikbrecher behauptet, daß der Erschossene ihm gedroht, ihm ins Gesicht gespien und mit einem Gegenstand in der erhobenen Hand, vermutlich einem Messer, auf ihn losgekommen sei. In seiner Angst habe er, um den Angreifer kampfunfähig zu machen, erst einen Schreckschuß und dann einen zweiten Schuß gegen den Arm Fritsches abgegeben. Von den drei Begleitern Fritsches hat der eine sich gleich nach dem Beginn des Wortwechsels entfernt. Die beiden anderen sagen aus, der Streikbrecher habe auf die im Vorbeigehen getane Bemerkung „Du kannst wohl nicht rein?" geantwortet: „Ihr habt wohl lange keine blaue Bohne im A . . . . gehabt?" Als sie stehen geblieben waren und sich derartige Redensarten verbeten hätten, habe der Streikbrecher sofort die beiden Schüsse abgegeben. Der erschossene Fritsche habe keinerlei Schimpf- und Drohworte ausgestoßen. Ins Gesicht gespien habe er dem Streikbrecher schon deshalb nicht, weil sie von ihm mindestens sechs bis acht Schritt entfernt gewesen wären. Der Staatsanwalt Feisenberger beantragte, die Schuldfragen zu verneinen. Die beiden Zeugen hätten offensichtlich die Unwahrheit gesagt, wofür dem Staatsanwalt als Beweis einmal kleine nebensächliche Differenzen in ihren Aussagen dienten, und zum anderen der Umstand, daß sie politische Gesinnungsgenossen des Toten seien. Man dürfe dem Angeklagten glauben, daß er sein Leben gefährdet glaubte, da er aus seinen früheren Erfahrungen heraus allen Grund hatte, die Streikenden zu fürchten. Wenn er sich vielleicht auch nicht wirklich in Notwehr befunden hätte, so doch in Putativnotwehr (vermeintliche Notwehr). Und wenn er die Grenzen der Notwehr überschritten habe, so habe er das in Bestürzung und Schrecken getan. Gewiß sei es bedauerlich, daß durch den Schuß ein junger blühender Mensch zu Tode gekommen sei, aber nicht den Angeklagten treffe die Schuld, sondern diejenigen, die die Verhältnisse so zugespitzt hätten, daß man wenig waffenkundigen Leuten, wie dem Angeklagten, das Waffentragen zu ihrem Schutze habe erlauben müssen. Die Geschworenen verneinten nach kurzer Beratung die Schuldfragen, worauf der Gerichtshof gegen den Angeklagten auf Freisprechung erkannte. — Über dieses Urteil wird noch mancherlei zu sagen sein.

Aus Nah und Fern.

Über den Leipziger Frauenmord wird weiter berichtet, daß die Untersuchung der bei dem Forsthause Leutzsch aufgefundenen zerstückelten Frauenleiche ergab, daß es sich um ein 18- bis 20-jähriges, gut genährtes Mädchen von kleiner Statur handelt. Der Kopf war kunstgerecht abgetrennt, und die Trennungswunde am Halse mit Lappen verstopft. Die Oberschenkel waren mit Isolierdraht zugeschnürt. Die Polizei hält es für wahrscheinlich, daß der Mord in der Gegend zwischen Erfurt und Cordetha ausgeführt worden ist. Jedenfalls wurde die Leiche mit dem Zuge nach Leipzig gebracht. Nach ärztlicher Feststellung ist der Tod in den frühen Morgenstunden eingetreten, da die Leichenstarre nicht vor der Nacht eingetreten war. Die Leichenteile waren in ein Paket von Sackleinewand und weißem Papier eingewickelt, auf dem mit Bleistift mehrere Worte standen, u. a. die Worte Frank und Kraft. — In später Abendstunde wurde in Leipzig ein Mann aus Leutzsch namens Rot, verhaftet, der verdächtig ist, das aufgefundene, bisher noch unbekannte Mädchen ermordet und zerstückelt zu haben.

Eine mysteriöse Brandstiftungsaffäre, bei der ein Menschenleben vernichtet worden ist und zahlreiche Tiere den Tod in den Flammen fanden, hat sich in Freudenberg bei Eberswalde zugetragen. In der Nacht brach auf dem Grundstück des Gastwirts Grumbach plötzlich Feuer aus. Es entwickelte sich im Stallgebäude. Als die Feuerwehren von Freudenberg und Eberswalde eintrafen, stand der Stall bereits in hellen Flammen, und auch die angrenzende Scheune war bereis in Mitleidenschaft gezogen und wurde ebenso wie das Stallgebäude gänzlich eingeäschert. Als man später die Trümmer absuchte, fand man den Knecht, der in der Scheune geschlafen hatte, als verkohlten Leichnam auf. Ferner waren sieben Kühe, zahlreiche Schweine und andere Haustiere dem Feuer zum Opfer gefallen. Nach den Feststellungen der Feuerwehr liegt Brandstiftung vor. Merkwürdig ist der Umstand, daß beim Eintreffen der Löschmannschaften die Türen des Stalles und der Scheune fest verschlossen waren. Es war dadurch dem Knecht unmöglich gemacht worden, aus der brennenden Scheune zu fliehen. Die Brandstiftung dürfte wahrscheinlich aus Rache verübt worden sein, und es nicht ausgeschlossen, daß der Täter die Absicht hatte, den Knecht in den Flammen umkommen zu lassen.

Eine böse Hochzeitsfahrt. Als gestern vormittag eine Hochzeitsgesellschaft aus Boehnshausen sich nach Halberstadt zur Trauung begeben wollte, kam der Wagen ins Rutschen und prallte gegen den Mast einer elektrischen Leitung. 6 Personen wurden schwer verletzt und ins Krankenhaus gebracht.

Zugentgleisung. Auf der sibirischen Eisenbahn ist ein Zug mit Arbeitern für die Amurbahn entgleist, wobei drei getötet und 26 verwundet wurden.

Die „Fürsorge" des Verlags „Nach Feierabend" ist schon oft genug kritisch beleuchtet worden und man sollte deshalb gar nicht mehr nötig haben, vor dieser Versicherung zu warnen. Es fallen aber immer wieder Leute auf die Versprechungen des Verlags herein und haben dann das Nachsehen. Dann ist es aber zu spät; die Leute sind ihr Geld los und um eine Hoffnung ärmer. Ein Versicherter, der schon seit einem Jahrzehnt das Blatt liest, erhielt jetzt, nachdem er das 70. Jahr erreicht hat, von der Nürnberger Lebensversicherungsbank, bei der die „Nach-Feierabend"-Abonnenten versichert sind, folgendes Schreiben:

Unter Rücksendung ihrer Geburtsurkunde teilen wir Ihnen auf ihr Schreiben vom 27. d. M. mit, daß die mit dem Abonnement von „Nach Feierabend" verbundene Unfall- und Sterbegeldversicherung mit dem Tage des 70. Lebensjahres des Abonnenten unter allen Umständen erlischt.

Gemäß § 8 der Abonnement-Sterbegeldversicherungsbedingungen beantragten Sie die Aufnahme in die Sterbegeld-Weiterversicherung und fertigten wir Ihrem Antrag gemäß auch einen Sterbegeld-Weiterversicherungsschein für Sie aus.

Sollten wir den erstmals fällig werdenden Prämienbetrag von 1 Mk. nicht innerhalb der Ihnen zustehenden Frist erhalten, so müßten wir Ihre Sterbegeld-Weiterversicherung wieder in unsern Registern löschen.

Mit Ihren übrigen Ausführungen steht es Ihnen ja frei, sich an die Stelle zu wenden, an welche Sie die Beiträge bezahlt haben — das ist der Verlag von „Nach Feierabend" in Leipzig. (Unterschriften.)

Als der Mann das Blatt „Nach Feierabend" abonnierte, glaubte er wie viele andere, daß er bei einem Unfall oder Sterbefall eine bestimmte Summe ausbezahlt erhalten werde. Jetzt, wo er 70 Jahre alt ist und in eine andere Versicherung nicht mehr aufgenommen wird, eröffnet man ihm, daß die Versicherung vom 70. Geburtstag ab erloschen sei, gibt ihm aber anheim, sich mit monatlich 1,30 Mk. Beitrag weiter zu versichern. Das ist die berühmte Fürsorge des „Nach Feierabend"-Verlags, der Versicherte, wenn sie alt und grau geworden und der Fürsorge gerade bedürftig sind, nicht mehr gebrauchen kann. Schade, daß man dieser Art von „Versicherung" nicht endlich das Handwerk gründlich legt. Notwendig wäre es schon lange gewesen. Dabei fühlt sich der Verlag nicht gekränkt, wenn vor ihm gewarnt wird. Die das Publikum auf die Praktiken der famosen „Versicherung" aufmerksam machen, werden noch mit Verdächtigungen überschüttet. In einer gedruckten Zuschrift an den obigen Versicherten heißt es unter anderm:

. . . Unser Unternehmen ist groß, und groß ist deshalb auch die Zahl unserer Gegner. Diese setzen sich zusammen aus Parteifanatikern, welche ihre politischen Ansichten für die alleinseligmachenden halten, aus Zeitungsverlegern und Redakteuren, denen es angst um ihre Abonnenten ist, und aus einigen Versicherungsgesellschaften, deren Agenten die ihnen durch unsere Wohlfahrtseinrichtungen bereitete Konkurrenz schmerzlich empfinden . . . . Volksfreundliche Absichten liegen unsern Widersachern so fern als möglich; es handelt sich für sie lediglich um Beseitigung eines ihnen höchst unbequemen Konkurrenten.

Mit dem Schlußsatz der Zuschrift setzt der Verlag aber allen seinen Praktiken die Krone auf. An denselben Mann, den man eben trotz langjähriger Versicherung abgeschüttelt hat, schreibt man:

Vielleicht veranlassen unsere Ausführungen Sie, Ihr Abonnement fortzusetzen. Weder die Zeitungsredakteure noch unsere sonstigen Feinde haben auch nur einen roten Heller für Sie übrig, wenn Sie oder Ihre Frau verunglücken sollten. Auf uns aber können Sie unsern Versprechungen gemäß jederzeit zählen, sofern Sie nur Ihre Hefte ohne Unterbrechung beziehen.

So verhöhnt der Verlag „Nach Feierabend" den 70jährigen Mann noch, dem die Nürnberger Lebensversicherungsbank schrieb, daß die Unfall- und Sterbegeldversicherung unter allen Umständen mit dem Tage des 70. Lebensjahres erlischt. Der Fall wird manchem Leser die Augen öffnen.

Einen schauerlichen Selbstmord verübte in Heidelberg eine unbekannte ältere Dame. Sie stürzte sich von dem in Touristenkreisen sehr bekannten, 27 Meter hohen Aussichtsturm auf dem Königstuhl und wurde zerschmettert tot aufgefunden. Die Tote trug keinerlei Erkennungszeichen bei sich.

Opfer des Stierkampfes. In der Stadt Carodella in der Umgegend von Sevilla hielt eine Anzahl Aristokraten einen Stierkampf ab, zu dem der König den Grafen Bosa abgeordnet hatte. Man hatte sich einige Zeit amüsiert und einige Banderillas, mit Fähnchen versehene Lanzen, mit Erfolg angebracht, als einer der Stiere sich gegen den Grafen wandte und ihn schwer verletzte. Der Sohn des spanischen Präsidenten Maura stürzte sich sofort auf den Stier und tötete ihn auf der Stelle.

Wieder ein Schüler-Selbstmord. Der 18jährige Schüler Burkhardt aus Auma, der wegen Teilnahme an einer Schülerverbindung vom Weimarer Realgymnasium entfernt war, hat sich eine Revolverkugel ins Herz gejagt. Er wurde schwer verletzt in das Krankenhaus gebracht.

Überfall auf ein Postamt. Freitag abend drangen drei maskierte Banditen in das Postamt Becon bei Paris ein, töteten den Gatten der Postleiterin und den Postinspektor Cartier durch mehrere Revolverschüsse und raubten aus der Kasse etwa 300 Franken. Sie flüchteten darauf. Die von der Gendarmerie eingeleitete Verfolgung der Banditen war bisher ergebnislos.

Bürgertafel.

Zu lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamt angenommen:

Oberlehrer an der Realschule zum Dom Dr. phil. K. M. W. Bader. Tischlergeselle K. P. Barts. Tischlergeselle F. E. Biel. Schuhmacher H. K. Chr. Boller. Arbeiter P. H. F. Bollow. Schuhmachermeister J. J. F. Bröker. Oberwächter bei der Lübecker Wach- und Schließgesellschaft F. H. Chr. Buschmann. Eisenbahnassistent K. F. Dehn. Arbeiter W. Chr. H. Düser. Schutzmann K. J. W. J. Ewert. Arbeiter J. J. Th. Frahm. Bankdirektor K. R. B. M. Frahm. Prokurist O. A. A. Fust. Kaufmann K. A. M. Haase. Briefträger F. K. H. Haegggwist. Kaufmann E. Heitmann. Tischlergeselle J. F. H. Heyck. Eisendreher B. H. E. Hintzpeter. Arbeiter E. Chr. H. Höltig. Straßenreiniger J. W. Jürgens. Arbeiter E. Chr. Klopp. Kunstgärtner W. K. F. A. J. Laue. Drehergeselle H. K. J. G. Matthiessen. Kutscher H. J. W. Meyer. Friedhofsarbeiter J. H. Niemann. Tapeziergehilfe J. A. P. F. Nietzschmann. Arbeiter F. Nitz. Zeichenlehrers J. T. Peters. Schuhmachermeister F. Chr. K. Rätz. Arbeiter H. F. J. Rullmann in Israelsdorf. Bürgermeister a. D. G. A. A. Schetelig. Tischler B. M. L. Schröder. Kaufmann K. F. E. H. Schröder. Handlungsgehilfe E. H. Sonnenberg. Eisenbahnwagenschieber H. J. K. W. Thießen. Privatmann J. H. Chr. Trub. Maurergeselle A. H. A. H. Vernimb. Maurergeselle J. Vernimb. Wäschefabrikant H. W. A. Walter. Arbeiter Chr. H. J. Wendt. Arbeiter J. L. Wendt. Töpfergeselle F. W. Werner. Arbeiter R. F. Wolter. Arbeiter J. J. F. Wulf.

Sie haben am 26. Oktober 1912 vor dem Senate den Bürgereid geleistet.

Genossenschaftsbewegung.

Die württembergischen Landtagswahlen und die Konsumvereine. Die im Laufe des November stattfindenden Wahlen zum württembergischen Landtage sind für die Konsumvereine von großer Bedeutung, weil auch im Schwabenlande, wie überall, die Mittelstandsleute darauf drängen, die Konsumvereine durch unerträgliche Steuerlasten zu erdrücken oder ihnen durch Einschränkung ihres Wirkungskreises die Möglichkeit zu nehmen, ihrem Zweck entsprechend für die Konsumenten zu sorgen. Der Bund für Handel und Gewerbe hat bereits seine Vorarbeiten für den neuen Landtag erledigt, indem er an das Finanzministerium eine Eingabe um Besteuerung des von den Konsumvereinen den Mitgliedern gewährten Rabatts richtete. Diese Eingabe ist den Handels- und Gewerbekammern zur Begutachtung unterbreitet worden, Instanzen, von denen man weiß, daß sie den Konsumvereinen nicht freundlich gesinnt sind. Man kann also mit einiger Bestimmtheit damit rechnen, daß dem neuen Landtage baldigst ein Gesetzentwurf zugehen wird, der Ausnahmesteuern für die Konsumvereine vorsieht. Gegen diese Bestrebungen, die angesichts der anhaltenden Verteuerung aller Lebensmittel geradezu einen Frevel an den Lebensinteressen der mehr als 100 000 in den württembergischen Konsumvereinen organisierten Familien bedeuten, machen die Konsumenten energisch Front. In allen Wahlversammlungen werden die Kandidaten befragt, welche Stellung sie einnehmen:

1. zu den Konsumvereinen und den gegnerischen Forderungen überhaupt;
2. zu der beabsichtigten Besteuerung des Konsumvereinsrabatts im Gegensatze zu der Steuerfreiheit der Rabattvereine.

Außerdem wird durch geeignete Flugblätter dafür gesorgt, daß alle, die es angeht, nicht vergessen, daß jedes wahlberechtigte Konsumvereinsmitglied eine Stimme hat und daß die Summe dieser Stimmen von ganz gewaltigem Einfluß ist. Wenn die Konsumenten ihre Schuldigkeit tun, wird es gelingen, auch künftighin die Anschläge der Mittelstandsleute abzuwehren. Steuern zahlen heute schon die württembergischen Konsumvereine in überreichlichem Maß. Im letzten Steuerjahre wurden von den 945 041 Mark Reinertrag und 1 423 488 Mark Rabatten der Konsumvereine nicht weniger als 425 837 Mark durch Steuern und Abgaben den Konsumenten entzogen.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 9. November.

Bauern-Butter Pfd. 1,35—1,40 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,50 Mk., Hasen 3-3,50 Mk., Enten 3,00—4,50 Mk. Hühner 1,60—2,20 Mk., Küken Stück 1,60—2,— Mk., Tauben Stück 60—70 Pf., Gänse Pfd. 85-90 Pfg., Schinken Pfd. 1,20 Mk., Schweinskopf pr. Pfd. 60 Pfg., Wurst, geräuchert, Pfd. 1,30—1,60 Mk., Eier Stck. 11 u. 12 Pfg., Kartoffeln 10 Pfd. 40 bis 50 Pfg., Spargel 1. Sorte — Pf., 2. Sorte — Pf., 3. Sorte — Pfg., Blumenkohl der Kopf 20—50 Pfg., Kirschen, hiesige, Pfd. — Pfg., eingeschickte, Pfd. — Pf. **Lebende Süßwasserfische:** Schleie, Portionsschleie Pfd. 1,70, größere Pfd. 1,60 Mk., Karpfen, größere Pfd. 1,10—1,20 Mk., kleinere 1,00 Mk., Aal, große Pfd. 1-1,20 Mk., mittlere Pfd. 80 Pfg., kleine Pfd. 60 Pfg., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Hechte, große Pfd. 60-70 Pfg., mittel Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 60-70 Pfg., Brachsen, gr. Pfd. — Pfg., kleine Pfd. — Pfg., Aland Pfd. — Pfg., Rotaugen, große Pfd. 25 Pfg., kleine Pfd. 15 Pfg., Krebse Pfd. — Pfg. **Salzwasserfische:** Dorsche, lebende Pfd. 40 Pfg., frische Pfd. 30-35 Pfg., Butte, größere Pfd. 30 Pfg., kleinere 20 Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. 100 Pfg.

Getreidepreise.

Lübeck, 9. November.

Weizen, 180—200 Mk. **Roggen** 160—175 Mk. **Gerste**, nach Qualität, 170—200 Mk. **Hafer**, nach Qualität, 160—180 Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 9. November.

Auftrieb 2048 Schweine. Markt ruhig geräumt.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., —,— bis 83,— (—,— bis 66,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., —,— bis 82,— (—,— bis 65,50 Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 81,— bis 82,00 (63,— bis 64,— Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 80,— bis 81,— (62,50 bis 63,— Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 73,— bis 78,— (55,50 bis 59,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 78,— bis 79,— (63,— bis 64,—) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 72,— bis 77,— (56,— bis 60,—) Mk.

Quittung.

Für das Jugendheim gingen ein:
Vom Dampfer „Charlotte Humenberg" . . 0,80 Mk.
Vom Dampfer „Oldenburg" . . . . 0 30 Mk.

Der Jugendausschuß.

Für den Wahlfonds gingen ein:
Vom Dampfer „Afrika" . . . . 2,00 Mk.

Das Parteisekretariat.
Bromme.

Briefkasten.

Schwartau. Die Volksversammlung kann am 19. Nov. stattfinden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

V. u. A.
Mittwoch abend 8¼ Uhr
im Gewerkschaftshaus. (4870)

Möbliertes Zimmer
zu verm. Geverdesstr. 41, II. (4880

Freundliches Logis zu vermiet.
4821) Arminstraße 12c.

Mod. Schlafz.- u. Kücheneinricht.
zu verk. (4848) Sadowastr. 14 I.

Einem geehrten Publikum zur gefl. Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage

Geverdesstraße 28

ein

Fisch-, Konserven- u. Delikatessen-Geschäft

eröffnet habe. Es wird mein Bestreben sein, nur gute Ware zu den billigsten Tagespreisen zu liefern und bitte um gütigen Zuspruch.

Hochachtungsvoll

Wilhelmine Butz.

4876)

Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens.

Da nämlich manche behaupten, daß die von uns zur schnellen Einführung von Ragoda-Schnellwaschmittel, um die große Zeitungsreklame zu sparen, angebotenen silbernen Zugaben „Stempel 800/1000" nicht echt seien, weisen wir darauf hin, daß es **unter Garantie** echte Wertsachen sind, die nur gangbare 800/1000 gesetzlich gestempelte Qualität sind und auch die anderen Gegenstände beste Handelsware ist. Lassen Sie sich in den Läden dieselben zeigen und die Prospekte darüber geben. Gegen Einsendung der Gutscheine von 5 Pfd. geben wir bis Ende ds. Js. gratis und franko u. a. 1 St. echt silberne Busennadel oder 1 St. Kollier, gestempelt 800/1000, von 10 Pfd. 1 größeres desgleichen oder 3 la. Alp. Eßlöffel oder 3 Alp. Silber-Teelöffel rc. (1913 sind doppelt soviel Gebrauchsanweisungen nötig.) Die Geschenke werden nicht mitbezahlt, sondern extra zur Einführung von Ragoda gegeben. Ragoda gilt nach dem heutigen Stande der Wissenschaft als bestes Waschmittel. Einzig in seiner Art. D. R. G. M. 418135. 1-Pfd.-Paket nur 55 Pfg.

Schumann & Wille, Wittenberge. (4859

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend
e. G. m. b. H.

Auf wiederholte Anfragen

seitens unserer Eutiner Mitglieder erklären wir hiermit, **daß wir unsere Warenabgabestelle in Eutin**

unverändert weiterführen

und auch gar keine Ursache haben, davon Abstand zu nehmen.

Trotz der gegen uns in Szene gesetzten Bewegung deckt ein grosser Teil unserer Eutiner Mitglieder nach wie vor bei uns ihren Bedarf in der richtigen Erkenntnis, dass nur durch den Zusammenschluss

vieler tausender Konsumenten

in Verbindung mit der

Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine

wirkliche Vorteile zu erzielen und **nur auf diesem Wege** die Ziele der Konsumvereinsbewegung,

die Errichtung von Eigenproduktivbetrieben

zu erreichen sind.

Der Vorstand.

4863